INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

auswärts 2,50 DM

Das ist so schön, ...



STRASSENFEST

in der Weisestraße

FÜR DIE SELBSTORGANISIERUNG IM KIEZ – GEGEN STADTTEILZERSTÖRUNG UND MIETAUSBEUTUNG

Ein Fest mit Musik, Tanz, Essen, Trinken,

Informationen, Kinderspiele und Überraschungen...

... und ab 21 Uhr

KIEZDISCO im Syndikat (Weisestraße 56)

22.7. Samstag ab 15 Uhr

Nr. 62
20. Juli 1989

VORWORT

Trotzdes (fast) strikten Redaktionsschlußes am Montag haben wir einen Haufen Papiere bekommen. Sommerpause doch nicht, oder noch nicht? Jedenfalls gibt es ein Sommerstraßenfest in der Weisestraße, allerdings mit einer neuen Qualität, präsentiert vom orange-grünen Salat, nämlich einem Verbot eben dieses Festes. Ein Teil der Deeskalationstrategie oder wie? Politische Straßenfeste werden schon von vorneherein verboten, die Braven, d.h. Unpolitischen dürfen stattfinden. Mit dieser Unterteilung in Gut und Böse(politisch oder gar radikal) werden wir jetzt wohl des öfteren konfrontiert. Womit wir bei den Ereignissen vom Samstag, den 8.7. wären. (hoppel, hoppel) Dazu kurz zur VV vom Montag: Den Antifas fiel es schwer die Kritik an sich ran zu lassen, daß sie im Bündnis über den Tisch gezogen wurden, und daß sie dadurch am Samstag eher mit ihren Bündnispartnern beshcäftigt waren als mit der Entwicklung der Lage vor Schultheiß. Statt dessen blieb es leider bei der Rechtfertigung. Gegenüber stand ein Haufen Leute die ihre fehlende Beteiligung an der Vorbereitung und die kritiklos Akzeptanz des Bündnisentwurfs nicht wahrhaben wollten. Dadurch ist kaum eine Diskussion entstanden, besonderst was die spannendste Frage: Bündnis ja/nein, mit wem, unter welchen Vorraussetzungen etc. betrifft. So können wir nur auf den Beitrag einer Antifastadtteilgruppe dazu verweisen, hoffen aber daß es dabei nicht bleibt. Außerdem gibt es einen Beitrag vom Antifa-Jugendinfo zu den Positionen in der letzten Interim, sowie eine Schilderung der Ereignisse vom 8.7..

Ferner gibt es eine Reaktion auf die Bespitzelung an der Gerhard-Hauptmann-Schule, die zwar bestätigen daß mindestens ein Teil der Verhöre in besagter Kneipe stattfanden, aber kritisieren daß die Anschuldigungen gegen Mehmet ohne genaues Wissen veröffentlicht wurden.(siehe vorletzte Interim/60)

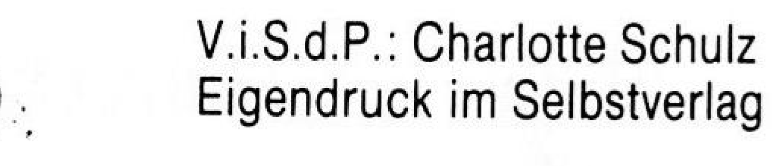
Das ehemalige Hungerstreikbüro ist umgezogen, aber ihre Arbeit geht weiter, weitere Vorstellungen in ihrem Papier. Im Anschluß daran ein offener Brief an die Gefangenen aus RAF und Widerstand, der die Probleme und Schwierigkeiten während des Hungerstreiks gut beschreibt und daraus folgend Fragen an die Gefangenen formuliert. Hoffen wir, daß die Auseinandersetzung mit den Gefangenen wirklich geführt werden kann (Zensur) und das dieser Brief nicht die Ausnahme bleibt.

Ein Viertel der Zeitung ist ein Text der neu gefundenen "Radikalen Linken", vertreten durch die Genossen Ex-Oberfunkzis Ebermann und Trampert. Die beiden liefern eine Analyse zum Angriff des innovativen Kapitals und folgern die Notwendigkeit einer starken, klar definierten radikalen Linken in der BRD. Angesichts ihrer Fixierung auf BRD Parteipolitik und der Vernachlässigung eines möglichen geschweige denn eines handelnden revolutionären Subjekts läßt sich eine Schnitzeljagd von ausgebooteten Grünen, DKP'lern und dem Rest des KB's nach einer neuen Basis vermuten. Die zwei Comandantes im spe kündigen uns unseren ersten Kongreß schon an, wo sie die ihnen am wichtigsten erscheinenden Fragen behandeln wollen.
Wir haben einen Artikel aus der WOZ (Zürich) erhalten. Eine Griechin wurde mit der Begründung moralische Urheberin an den Mord ihres Ehemannes zu sein, zu lebenslanger Haft verurteilt. Dieser Bericht ist in verschiedener Hinsicht "schrecklich", zum einen wie der Prozeß dort ablief, nämlich totale Medienhatz gegen die Frau mit X-fachen tätlichen Übergriffen zum anderen die Schreibweise des vorliegenden Artikels, der die Verurteilung "wesensbezogen" auf Griechenland sieht. Der Schreiberling erkennt nicht, daß ähnliches hier sein Ausdruck zum Teil in verschwommener und subtiler Form, zum Teil im gleicher Direktheit und mit der eigenen deutschen (bzw.schweizerischen) Note hat (Das letzte Beispiel hierzu war Memmingen).

Den nicaraguanischen Revolutionsfeiertag (Nr. 10)haben wir zum Anlaß für den Abdruck eines Artikels aus der neuen IZ3W genommen. Ihr habt uns nichts geschickt. Und warum sagen wir das? Der Artikel setzt sich mit der Soliarbeit auseinander und formuliert Problematiken, die aus der Politik der FSLN für die hiesigen, kritischen Soli-Gruppen entstehen.
So, der Redaktionsschluß schließt weiterhin am Montag, gelle, und wenn dann das Heft mal dünner wird, macht auch nichts, aber egal, eh.
Beschwerden, Beschreibungen, Beschriftungen und etc. wie immer an:

INTERIM, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

IMPRESSUM


V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Eigendruck im Selbstverlag

WEISESTRASSENFEST VERBOTEN!

Das für nächsten Samstag angemeldete Straßenfest in der Neuköllner Weisestraße ist von den Bullen nicht genehmigt worden.
Die schriftliche Bestätigung des Verbots liegt noch nicht vor, deshalb ist offen, ob dagegen juristisch vorgegangen wird.
Doch es ist klar, daß dieses lächerliche Vorgehen keinen rein formalen Hintergrund hat, da es bisher keine Schwierigkeiten gab, Straßenfeste in einer ruhigen Nebenstraße anzumelden. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, daß ihnen die inhaltliche Ausrichtung des Festes (siehe Einladungspapier in der INTERIM nr.60) und der längerfristige Versuch von Selbstorganisierung der MieterInnen gegen die staatlichen und privatwirtschaftlichen Angriffe im Mietsektor nicht paßt. Sie rechnen wohl damit, daß sie im etwas ruhigeren Neukölln mit einem Verbot nicht auf Gegenwehr stoßen.
Lassen wir uns das Fest nicht nehmen!!
Wir halten es für wichtig, in Neukölln die politische Arbeit und lebendige Kultur von unten auf die Straße zu tragen um so einen Ort für Kommunikation und gegenseitiges Kennenlernen im Kiez zu schaffen.
Deshalb: KOMMT AM SAMSTAG AB 15 UHR MASSENHAFT IN DIE WEISESTRASSE!
Wird das Verbot nicht zurückgezogen, findet auf jeden Fall im Hof vor der Weisestr.48 ein Hoffest statt. Die Spekulantenfirma Groth und Graalfs der dies Haus gehört, versucht im Moment verstärkt durch Anzeigen und Zerstörungen in den leerstehenden Wohnungen den Widerstand der MieterInnen gegen den drohenden Abriß zu brechen.

Über die Machenschaften von Spekulanten im Stadtteil ist Näheres zu lesen im Redebeitragsheftchen zur Demo vom 1.4.89, das auf dem Fest verteilt wird und sonst in der LUNTE zu kriegen ist, Montags und Mittwochs 15-20 Uhr, Freitags unregelmäßig 15-20 Uhr.

Veranstaltungshinweis. Mittwoch 26.7. in der LUNTE,Weisestr.53, 19Uhr
Video " Erst Essen dann Miete " über MieterInnenwiderstand in Amsterdam um 1930, anschließend Diskussion.
+ Straßenfest, falls ihr das Plakat nicht abdrucken möchtet.)

Entsolidarisierung/ Entwaffnung/ Freund-und-Helfer-Syndrom. Wie verhalten wir uns gegenüber den demokratischen Verteidigern der Faschisten? Ein Steinwerfer muß kein Einstein sein. Oder alles ist relativ.

Bei den Ereignissen vom 8.Juli gibt es zwei Sachen, die besondere Aufmerksamkeit verdienen, nämlich die Militanz der jugendlichen ImmigrantInnen bzw 2.-Generation-Jugendlichen, und die "Entwaffnung" einer Gruppe Autonomen durch selbsternannte exemplarisch-friedliche 'OrdnerInnen'.

Während Teile der Linke Unsicherheit bzw Distanzierung den ersteren gegenüber zutagelegen, werden letztere von der bürgerlichen Presse zu HeldInnen der Demokratie hochstilisiert. Die Taz redet von "türkische Gruppen und jugendliche Banden", die "jenseits von bewußt-politischen Aktivitäten" und "Absprachen gegenüber unzugänglich" sind. Die kriminelle blutrünstige Hirnlosigkeit, die sonst kennzeichnendes Attribut der Autonomen war, wird mit liberal-rassistischer Logik auf junge TürkInnen projiziert. Sollen wir aber gerade diese Jugendlichen mit den demokratischen TazlerInnen vergleichen, so sehen wir bei ersteren das tausendfache an antirassistisches Bewußtsein. Auch brauchen wir ihnen nichts zu erzählen über die Rolle der Polizei, deren rassistische Gewalt sie täglich ausgesetzt sind. Sie haben wahrscheinlich auch keine Illusionen über die 'Neutralität' des Staates, und überhaupt nichts übrig für Leute, die sich schützend vor Faschisten stellen.

Die Einheitsfront zwischen Autonomen, Gewerkschaftsjugend, türkischen Organisationen und radikaler Jugend gegen Staat und Polizei markiert nicht nur einen Schritt vorwärts im Kampf gegen die faschistische Neuformierung, sondern auch einen Ansatz zur revolutionären Lösung der Krise der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft. Trotz Deeskalationsstrategie geht die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft hier und in der brd weiter. Den Versuchen seitens des Senats und der Polizei, den radikalen Widerstand zu entpolitisieren, kriminalisieren, isolieren und letztendlich zu brechen, müssen wir eine politisch fundierte Geschlossenheit und Klarheit entgegenstellen. Die Herrschenden haben Angst, weil der Aufstieg der Republikaner die Gefahr eines breitgetragenen antifaschistischen Radikalisierungsprozeß mit sich bringt.

Entwaffnung: Die 'spontane' Entwaffnung durch selbsternannte Ordnungstrupps aus dem SPD-DGB Spektrum sollte uns eigentlich nicht wundern, denn sie ist lange vorbereitet worden vom Senat und von der Polizei. Jede Aufstandsbekämpfungsstrategie hat ihre 'zivile' Komponente. Die Jusos im Bündnis greifen diese Entwicklung gierig auf, um ihren "gemeinsamen" OrdnerInnenkonzept vorzubringen. Sogenannte Gewalttätige sollen isoliert werden, evtl an die Polizei ausgeleifert werden, notfalls mit Gewalt. In der Situation stellt sich leicht die Frage, wer mit wem da solidarisch handelt. Denn so eine Aktion dient niemand außer der Polizei, der bürgerlichen Presse und natürlich den Rpublikanern. Gemeinsame OrdnerInnen mit den Jusos wären nur dann vorstellbar, wenn das Bestreben, die REPs zu zerschlagen, gemeinsam

wird, das heißt, daß die Möglichkeit militanter Aktionen ausdrücklich akzeptiert werden muß. Wir denken , mit den Jusos ist es nicht zu machen. Auch gab es sowieso vom Bündnis gemeinsame OrdnerInnen bzw MelderInnen, die versucht haben, die Spontanaktion durch Reden und solidarische Formen der Auseinandersetzung zu bremsen -wie gesagt, nicht weil sie militantes Vorgehen verurteilen, sondern weil die Kräfteverhältnisse dafür einfach ungünstig waren. Die Leute, die behaupten, es ist immer gut, sich mit der Polizei zu kloppen, haben genauso unrecht, wie die, die prinzipiell gegen Gewalt sind (aber nicht gegen die Staatsgewalt, versteht sich). Wir dürfen solche Sachen nicht zu Absoluten machen, wir müssen uns taktisch und auch strategisch klug verhalten. Deswegen war es auch richtig, geschlossen zusammenbleiben und abziehen zu wollen (Die Idee einer Belagerung ist zwar eine gute, kam aber später, bzw ist nicht schnell genug durch die verschiedenen - teilweise schlechtfunktionierenden - Kommunikationsstrukturen durchgegangen. Auf solche und andere Mängel kommen wir noch ein anderes Mal zu sprechen).



Was das Recht auf "eigenverantwortliches Handeln" (Interim 61, 'Wir Gratulieren') betrifft, ist dieses auf einer Demo nur relativ. Eine Demo ist nur eine, relativ beschränkte Aktionsform, die nicht automatisch mit einem Straßenkampf gleichzusetzen ist. Die Demoleitung trägt die politische Verantwortung für die Aktion, deswegen muß sie auch den eigenen Leuten gegenüber verantwortlich handeln. Nicht jeder Steinwurf oder spontane Aktion ist notwendigerweise klug, durchdacht oder erwünscht, vor allem dann nicht, wenn die Kräfteverhältnisse offensichtlich schlecht sind und die meisten Leute völlig erkennbar und ohne alles vor den Videokameras der Polizei rumlaufen.
Eigenverantwortliches handeln heißt also auch sich Gedanken machen zu Sachen wie Notwendigkeit, Möglichkeit, Durchführbarkeit, Sicherheit (nämlich unsere!). Was ist wenn eigenverantwortliches Handeln mit gesamtverantwortlichem Handeln in Konflikt gerät? Inwieweit können wir offen sein für Gruppen, die ohne Rücksicht auf gemeinsam getragene

Beschlüsse blind/stur ihr eigenes Ding durchziehen wollen? In wieweit können wir auf echte Provokationen von V-Leuten usw reagieren? Mit den eigenen Leuten müssen wir solidarisch umgehen, auch wenn sie die Lage falsch einschätzen; mit Leuten, die bereit sind, uns an die Polizei auszuliefern, müssen wir brechen, ganz klar; und an die VerfasserInnen von 'Wir Gratulieren' sagen wir: Wenn ihr uns mit den Jusos in einen Topf werft, dann seid ihr entweder blind oder soweit abseits vom politischen Geschehen daß ihr die Realitäten gar nicht mehr erkennen könnt. über weitere taktische Fragen werden wir natürlich gerne mit euch diskutieren.

Ihr macht z.B auch den Vorwurf, die autonomen Antifas würden sich durch ihre bloße Anwesenheit im Bündnis politisch vereinnahmen lassen durch die SPd und AL, und betrieben auch sowieso eine Art Reformpolitik. Da muß man/frau sich die Kräfteverhältnisse im Bündnis selber genauer angucken, denn die SPD und DGB stehen sehr isoliert da mit ihrer Position. Es ist jeder/jedem klar, daß Jusos und DGB nur dann auftauchen, wenn sie was wollen. Daß sie das Bündnis politisch für sich ausnutzen wollen, ist klar. Erstens aber ist diese Strategie ziemlich durchsichtig; zweitens können wir aus der Vergangenheit lernen und politische Konsequenzen ziehen.

Die Demo zum Einzug der Republikaner ins Abgeordnetenhaus ist ein gutes Beispiel. Am Anfang wollte das Bündnis am Tag des Einzugs selber vorm Rathaus demonstrieren. Dann kam der DGB mit der Idee, am Vorabend eine Demo zu machen, denn sie konnten die KollegInnen doch nicht zu einer Demo während der Arbeitszeit aufrufen (!), das würde ja einem Aufruf zum politischen Streik gleichkommen (!!!!), den sie natürlich nicht verantworten konnten. Der Wunsch nach einer einheitlichen Aktion mit den MitgliederInnen der DGB war in dieser Situation korrekt, bloß die Bündnismehrheit hat versucht es zu erreichen, indem sie die eigene ursprüngliche Position völlig aufgab. Das heißt, wir würden gänzlich über den Tisch gezogen. Am Ende haben wir nur noch um einen Platz auf der Redeliste betteln können, und die eigene Aktion ist den Bach 'runtergegangen. Auch wenn wir die DGB-Demo nicht hätten verhindern können, hätten wir aber trotzdem in die Offensive treten müssen. Das heißt: Dahinmobilisieren und versuchen die Leute von der Notwendigkeit einer massenhaften Verhinderungsaktion zu überzeugen, und dabei die Feigheit und politische Verantwortungslosigkeit der DGB-Führung aufs Schärfste zu kritisieren. Dies wurde auch ansatzweise gemacht. Bei allen unüberwindbaren und berechtigten Differenzen mit den SPD und DGB Führungen, sollen wir aber nie aufhören mit denjenigen zu reden, die in dieser Führung noch Illusionen hegen.

Die Situation mit der AL innerhalb des Bündnisses ist gewissermaßen eine andere. Hier wird die Partei durch die AL-Antifa-AG vertreten. Diese Gruppierung unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den Jusos. Hier handelt es sich weniger um ReformistInnen als um ZentristInnen, das heißt, Leute, die zwischen revolutionären und reformistischen Positionen schwanken ("Wenn ich nicht in der unglücklichen Lage wäre, AL-VertreterIn zu sein, würde ich so und so handeln, aber....) Politisch betrachtet ist der Zentrismus Ausdruck eines unabgeschlossenen Konflikts; klare revolutionäre Positionen sind entweder noch nicht bezogen worden, oder werden gerade aufgegeben. Im ersten Fall können sich die ZentristInnen noch in eine revolutionäre Richtung entwickeln, im zweiten ist so einen Rechtsdrall nur noch schwer zu korrigieren. Die Leute von der AL-Antifa-AG sind gute Leute, die viel zum Aufbau des Bündnisses beigetragen haben. Deswegen verdienen sie eine solidarische Kritik, aber auch eine kritische Solidarität, die sie hoffentlich dazu bringt, mit der reformistischen Mehrheit der AL zu brechen, ihr den Kampf zu erklären. Spätestens jetzt müßte es ihnen auch klar sein: Die AL-Mehrheit hat sich schon an die Bourgeoisie verkauft. Für sie gibt es keine 'soziale oder politische Ursachen' mehr, es ist alles eher eine Frage von Ordnung, Kriminalität und die notwendige Formen der Sozialarbeit.

Was ist die Basis einer revolutionären Antifabündnispolitik? Politische Unabhängigkeit und die Suche nach der größtmöglichen Einheit der Aktion. Die Schärfe der Auseinandersetzung auf der Straße führen jetzt schon zu einer Verschärfung der politischen Auseinandersetzung. Der Vorschlag, die autonomen Kräften sollen sich aus einem Bündnis zurückziehen, dessen überwiegende Mehrheit eine mehr oder weniger einheitliche einschätzung der Ereignisse vom 8. Juli teilt, ist einfach absurd, denn hier sind SPD und Jusos in die defensive gedrängt. Natürlich haben sie viele noch



gläubige Mitglieder und eine Menge Propagandamoeglichkeiten - die Auseinandersetzung ist aber noch lange nicht gegessen, fängt vielleicht erst gerade richtig an. Deswegen ist unsere jetzige Einheit echt Gold wert. Wir müssen der SPD und der AL permanent auf die Finger gucken, wir müssen versuchen Leuten die keine Alternative zur SPDAL sehen, eine zu zeigen, und die blindheit Naivitaet und Feigheit der ReformistInnen restlos zu kritisieren. Revolutionäre Antifaeinheitsfrontpolitik heißt: Einheit der Aktion, Freiheit der Kritik. Wenn keine gemeinsame Akticnen zu machen sind, dann machen wir halt keine, denn wir dürfen uns nicht in situationen hineinmanoeuvrieren, wo Leute uns aus den eigenen Reihen an die Polizei ausliefern. Die politische Argumente müssen aber für nicht-Insider auch nachvollziehbar sein. Wenn es zur Spaltung kommt, dann muß es klar sein warum. Wir müssen versuchen, solche politische Klärungsprozesse möglichst bewußt und offen zu führen. Und wir lassen uns von den ReformistInnen nicht verdrängen.

Eins muß aber klar sein: Eine Revolution ist nur dann möglich, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sie entweder unterstützen oder sich ihr gegenüber neutral verhalten. Dies ist noch lange nicht der Fall. Deswegen wir auch, und vor allem, politisch in die Offensive gehen. Die Reduzierung des Konflikts auf die militärische Ebene ist zur Zeit nicht nur politisch und taktisch falsch, sondern voll an die Massen vorbei.

Eine Stadtteilantifagruppe.

Besten Dank! Aber wer hat das verbraten.....?

Am 8. Juli fand im Schultheiß/Hasenheide der REP-Parteitag statt ! Im Folgenden einige Einschätzungen/Anmerkungen dazu. Da dieser Text bei Erscheinen der letzten Interim schon geschrieben war kommen nur ansatzweise Bezüge auf die dort abgedruckten Papiere vor.

Der Parteitag sollte offiziell um 9 Uhr beginnen. Es gab also die berechtigte Hoffnung durch eine konsequente Blockade aller Zugänge zum Gelände ab 8Uhr diesen Parteitag zu verhindern, zumal die REPs oft genug versuchen, sich von Bullen durch DemostrantInnenketten prügeln zu lassen, um die Aufmerksamkeit der Presse auf sich zu lenken. Daß es anders kam, war zwar auch eine Einschätzung, nämlich daß die Reps sich so früh auf das Gelände schleichen würden, daß die Blockade unterlaufen wird, wurde aber aus verschiedenen Gründen nicht weiter diskutiert. Daß diese Möglichkeit unter einem Deeskalationssenat bei entsprechenden Absprachen mit den Reps wahrscheinlicher war, wurde unter anderem deshalb nicht diskutiert weil es mangels Masse an Menschen, die bereit sind auch schon um sechs Uhr dort zu stehen, sicher nicht geklappt hätte. Diese Einschätzung wurde im Nachhinein bestätigt, weil eine konsequente Blockade auch der nicht als Kundgebungsort angemeldeten hinteren Zugänge erst um circa 8.30 Uhr so stand, daß sie sinnvoll gewesen wäre. So kam es schließlich zu der Situation, daß das Blockadekonzept von Anfang an zur Farce wurde und die 345 Rassisten Faschisten und Sexisten geschützt von 1,500 Bullen, 2 Wasserwerfern und Räumpanzern, hinter Stacheldraht und Hamburger Gittern schon um 8.oo ihre Parteitag in aller Ruhe beginnen konnten. Soweit, so schlecht.

Für diese Situation gab es bei der Demoleitung aus dem Bündnis gegen Rassismus Faschismus und Sexismus die politische überlegung, dann ab 10.00 Uhr eine starke geschlossene Demonstration zum ehemaligen Gestapo-Gelände durchzuziehen. Die Absprachen waren, daß keine Leute zurückgelassen und den Bullen ausgeliefert werden, sondern geschlossen vom Kundgebungsort losgegangen wird. Daß es AntifaschistInnen geben würde, die die Reps nicht ungestört zurücklassen würden, war aber trotz dieser festen Absprachen vorauszusehen und auch verständlich. Ein militanter Durchbruchsversuch, das war auch im Bündnis unwiedersprochen, war jedoch politisch unklug. Nicht, weil Militanz grundsätzlich abzulehenen wäre, sondern auf die Situation bezogen, die dort vor Schultheiß herrschte. Sicherlich mag es stimmen, daß sich Leute solidarisiert hätten. Aber wer übernimmt die Verantwortung für Festnahmen und andere Folgen wegen fehlender Vorbereitung bei einem Scheitern der Aktion? Realistisch eingeschätzt hätte es dazu kommen können, daß die Gitter weggedrückt und damit gezeigt worden wäre, daß wir uns nicht aussperren lassen. Aber was dann???

Die Umgehensweisen mit dem gelaufenen Durchbruchsversuch waren jedoch völlig unterschiedlich und genau das ist der Punkt, um den es geht. Während die Demo sich formiert, kommt es zu einzelnen Flaschen- und Böllerwürfen gegen die Plastikritter hinter ihrem Gitter. Als die Demospitze schon Richtung Südstern unterwegs ist wird von etwa 30 Leuten ein Durchbruchsversuch gestartet. Etwa 1000 andere AntifaschistInnen stehen teilweise wegen technischer Mängel bei der Kommunikation, teilweise weil sie einfach dort bleiben wollen, immer noch vor den Schultheiß Festsälen. In diese Situation hinein wird ein SEK Bullenausfall von circa 20 Prügelnden gestartet, die dann logischerweise, von wesentlich mehr zum Widerstand entschlossenen Antifas, darunter vielen türkischen GenossInnen

mit einem Steinhagel empfangen werden. Damit aber nicht genug: Während Teile der Demoleitung versuchen per Megaphon alle Leute von der Unsinnigkeit eines Anrennens gegen die schwerbewaffnete Übermacht zu überzeugen und zu einer geschlossenen Demo aufrufen, versucht sich eine selbsternannte Ordnertruppe, u.a. aus dem Juso-Falken Spektrum, als Hilfsbullen indem Vermummte entwaffnet werden und es zu Prügeleien innerhalb der Blockadeteilnehmer kommt. Dieses Vorgehen zeigt einmal mehr die politische Realität auch innerhalb eines sich als Bündnis verstehenden Zusammenschlusses aus Menschen, die sich noch immer in ihrer Gesamtheit als politisch links oder zumindest in diese Richtung orientiert, bezeichnen. Welches Verständnis steckt aber hinter einem solchen klar auf Spaltung und die staatlich erklärte Politik zur Isolation von Autonomen und türkischen Menschen, die authentischen Widerstand leisten, angelegten Verhalten? Wie sieht es in den Köpfen von Leuten aus, die friedlichen Protest gegen Faschisten für ausreichend halten, sich aber gegen militantere Aktionsformen aus den (eigenen???) Reihen als militante Hilfspolizisten betätigen? Wieviel Opportunismus kann ein solches Bündnis verkraften, zu einer Zeit, wo europaweit sich die neuen Faschisten formieren, und der DGB diese noch bewußt in den eigenen Reihen duldet?

Die historische Kontinuität der Sozialdemokratie, die sich lieber vom Faschismus hat vereinnahmen lassen, als mit KommunistInnen und AnarchistInnen zusammen diesen zu bekämpfen, zeigt sich hier einmal mehr ziemlich deutlich. Wieder einmal werden von einer sich sozialdemokratisch-alternativ nennenden Regierung alle Register gezogen, um die vermeintliche "Gefahr von links" zu bekämpfen, während eine faschistoide Partei wie die Republikaner allenfalls durch pseudodemokratische Argumente zu Einsicht gebracht werden soll. Auf der einen Seite steht ein aufgeblähter Sicherheitsapparat, der mit fein abgestimmter Repression, die Deeskalation genannt wird, den Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus spalten soll in gute AntifaschistInnen (die protestieren) und schlechte AntifaschistInnen (die sich wehren, Widerstand leisten). Diese werden dann auf der anderen Seite in der Presse als Provokateure diffamiert von Teilen derselben Regierungspartei, zwei Seiten einer Medaille. Daß es so kommen mußte, ist spätestens seit der Distanzierungswelle nach dem ersten Mai klar, fatal ist jedoch, daß Teile der reformistischen Kräfte im Bündnis, dieses Spiel mitspielen, und aus der Geschichte offenbar keine oder eben nur falsche Schlüsse gezogen haben. Faschismus wird nicht bekämpft, indem man sich selbst zerfleischt und die Presse diese Selbstzerfleischung unter Verschweigen jeglicher antifaschistischer Inhalte der Kundgebung aufbereitet, sondern durch Toleranz aller Widerstandsformen und solidarisches Miteinander. Wer jedoch Schönhübers einfache Lösung nur argumentativ bekämpfen will, gleichzeitig aber Schönhübers Argumentation, die Publizität für die Reps sei die einzige Folge militanten Widerstands, wörtlich nachbetet, spielt dem Faschismus in die Hände. Dies sollten sich Menschen, die einen berechtigten antifaschistischen Anspruch formulieren, überlegen, bevor sie sich entsolidarisieren.

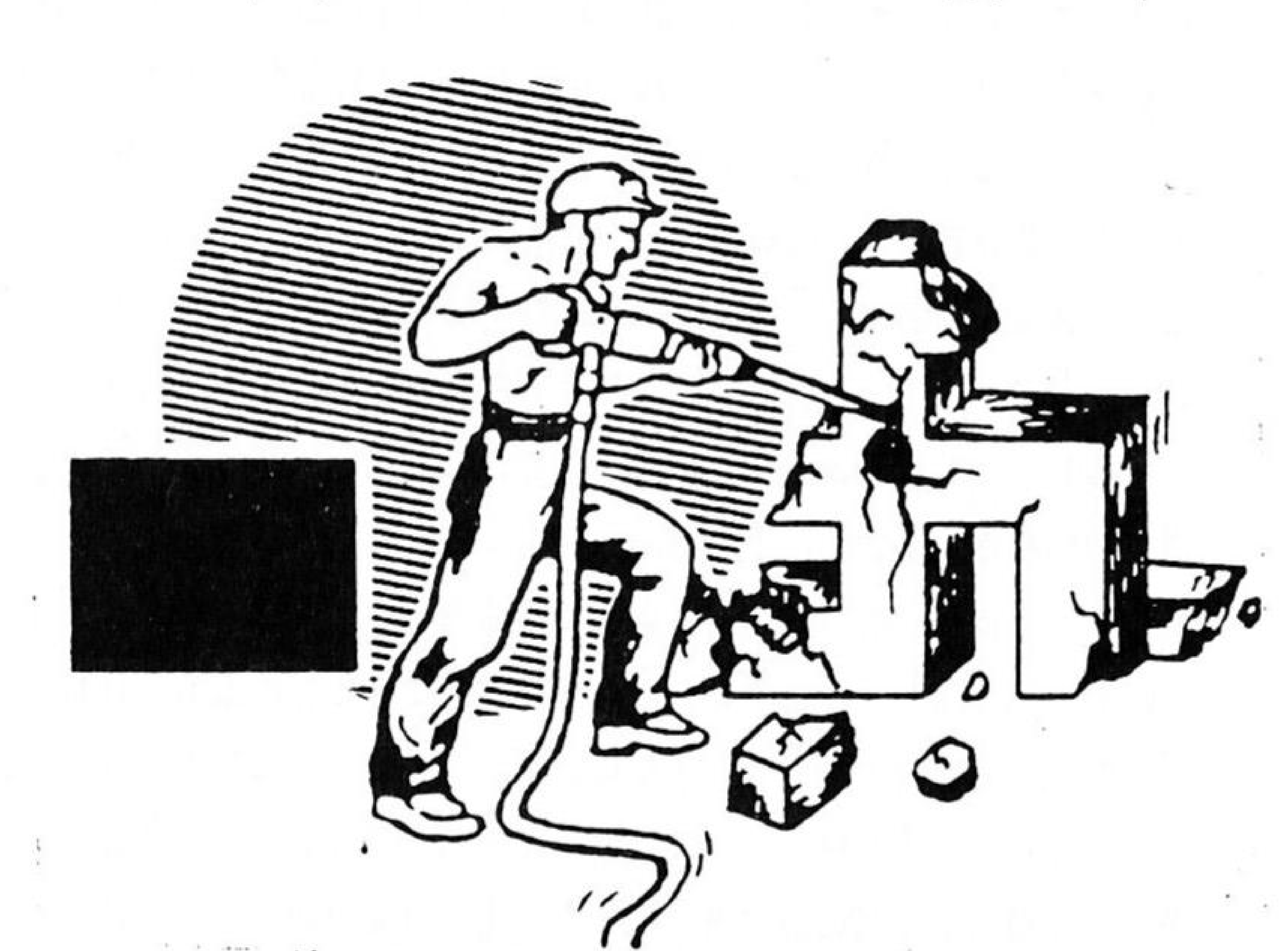
Abschliessend sei noch erwähnt, daß der Rückzug nach Prügel- und Wasserwerfereinsatz trotz der schlechten Vorbereitung relativ gut funktioniert hat. Nur relativ, weil die Demospitze während dieser ganzen Aktion statt zurückzukommen, am Südstern gewartet hat und wieder einmal ganz mutig Steine aus der 17. Reihe in die dritte geworfen wurden und dabei DemonstrantInnen verletzt wurden. Ansonsten fanden wir den Bauwageneinsatz korrekt und die Unterbodeninspektion eines gewissen Vehikels auch durchaus angebracht!

Für ein starkes solidarisches Bündnis gegen Rassismus Faschismus Sexismus und Kapital!



Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61

Dies soll die vorläufige Reaktion unserer Gruppe auf die zwei Artikel in der INTERIM 61 sein, die teilweise von völlig falschen Fakten ausgehen und (vor allem der zweite) offenbar nur der Anpisserei wegen geschrieben sind.
Auch wir zählen uns als Teil der "Autonomen Antifa". Wenn auch unser Arbeitsfeld hauptsächlich an den Schulen liegt. Gleichzeitig sind wir als eigenständige Gruppe im 'Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus'.
Wir wollen hier keine 'Bewertung' der Stellungnahmen vornehmen, aber mal was klarstellen: Beide Papiere gehen davon aus, daß es bei der Aktion vor'm Schultheiß eine vom Bündnis beschlossene und gemeinsam mit uns durchgezogene Aktion gegen militante Antifas gab - Ordner/innen, um Kämpfe zu verhindern; die Demo als "Deeskalation" von Schultheiß weg usw. Das stimmt so nicht, jedenfalls nicht, was unsere Politik darin angeht. Beides gab es zwar, aber es waren klare Brüche in den Absprachen im Bündnis vor der Aktion.



So hat es im Bündnis selbstverständlich keine Absprachen darüber gegeben, daß Militanz ausgeschlossen wird. Im Gegenteil -wir haben bisher bei allen Aktionen die eigene Wahl der Mittel verteidigt und das ist in unseren Aktivitäten (ob Demes, Blockaden oder auch "direkte" Aktionen) auch immer so Praxis gewesen. Antifaschistische Politik kann es ohne die Möglichkeit zur Militanz nicht geben, das wissen wir aus eigener Erfahrung sehr genau! Eine andere Frage ist aber, wann und wie Militanz eingesetzt wird, denn sie ist natürlich kein Selbstzweck. Das ist aber weder auf die Anti-REP-Aktion bezogen, noch dem Geseiere von DGB und Jusos gleichzusetzen. Mensch entscheidet immer noch selbst, wann sie/er sich wie verhält und z.B. auch angreift, obwohl was anderes "beschlossen" wurde. Aus diesem Grund gab es von autonomer Seite natürlich KEINE Ordner/innen; es gab jedoch eine Situation, wo Leute von sich aus versucht haben zu beschwichtigen, damit nicht irgendwelche Sozis verprügelt werden, während die Bullen schon auf uns losgehen. Dies war aber keine "Entwaffnung", es wurden keine Leute festgehalten oder so. Und natürlich haben wir uns nicht als Schutz vor die Bullen gestellt.
Die leute, die uns da gegenüberstanden waren tatsächlich Ordner/innen, die noch zwei Tage vorher vom Bündnis offiziell anerkannt werden wollten. Doch die Demo-Vorbereitung hat diese Hanseln vom DGB/Jusos abgelehnt, es wurde gesagt, daß wir OHNE Ordner/innen auf uns aufpassen können. Als es dann abging, haben sich diese Ordner/innen aber doch formiert und sich uns gegenüber gestellt.
Zur Demo: Ein Großteil von uns war ab (roten) Lautsprecherwagen, der Rest vor Schultheiß. Wir fingen mit der Demo an, nachdem es Auseinandersetzungen mit den Bullen gegeben hatte und wir danach loswollten. Daß es am Zaun noch Kämpfe gab, haben die Leute am Wagen erst später mitgekriegt. Deshalb gab's auch die Durchsagen zum Mitkommen -und selbst die mit Bauchschmerzen, weil es von den Faschos WEG ging. Als dann klar war, daß es vor Schultheiß abgeht, ist

der Wagen und der Block auch wieder zurückgegangen. Der Wagen kam auch deshalb so spät zurück, weil sonst die Demo endgültig in den "Guten" (DGB, Jusos, SEW - an der Spitze) und den "Bösen" (Autonome, Schüler/innen, ausländische Menschen) Teil aufgespalten worden wäre. Das hätte den Bullen - nach unserer dortigen Einschätzung - eher die Möglichkeit gegeben uns einzumachen. Das hat nix mit Opportunismus gegenüber dem Bündnis oder der Presse zu tun, sondern war die Überlegung, um die Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie des Senats nicht zum Zuge kommen zu lassen. Wären auch die Reformistengruppen dortgeblieben, wäre dies auch ein guter Schutz bei einem Angriff auf das Gelände gewesen. Die Spaltung gegenüber diesen Gruppen wurde dann aber trotzdem in Kauf genommen, weil wir dann doch lieber vor dem Fascho-Treffen bleiben wollten und bei den Auseinandersetzungen dort.



Ziemlich finster und total unsolidarisch finden wir die Darstellung im 2. Papier ("Wer hat uns verraten...") Es wird der Eindruck erweckt, der Termin 8°° Uhr wäre durch einen "Trick" erreicht worden, damit die REP's in Ruhe reinspazieren können. Auf so'ne Frechheit kann man eigentlich kaum noch antworten. Uns wird damit eine Politik vorgeworfen, die nur als konterrevolutionär bezeichnet werden kann. Und dafür gibt es natürlich keinerlei Anhaltspunkte, sondern nur übelste Diffamierung. Sich im Nachhinein hinzustellen und mit dem Finger auf den neuen Hauptfeind zu zeigen ist natürlich leicht. Doch unsere konkrete Politik ist anders und das haben wir in den letzten drei Jahren oft genug bewiesen. Wir vertreten auch weiterhin die Meinung Verhinderung ist wichtiger als Symbolik, die Parole "Zerschlagung aller faschistischer Organisationen" war für uns nie nur eine Worthülse sondern immer Ausdruck unserer Praxis.
Wir unterstellen den Schreiber/innen dieses Papiers, daß sie jegliche Bündnisarbeit als reformistisch betrachten und es so auch leicht fällt, Leute als "Autonome Reformisten" zu diffamieren. Eine Kritik ist das aber nicht!

Zwei Kritikpunkten m,üssen wir uns aber klar stellen: Zum einen haben wir für diese Aktion kein eigenständiges Konzept erarbeitet. Das ist auch bei der ersten VV so gesagt worden, was jetzt aber nicht als Entschuldigung herhalten soll. Dies muß auch in Zukunft wieder anders sein, so wie es schon oft praktiziert wurde. Zweitens muß unsere Politik im Bündnis wieder überdacht und neu bestimmt werden und da sind wir auch bei. Quatsch ist, daß wir uns vom Bündnis die Politik vorschreiben lassen. Nur seit der 9.-November-Demo zu Degesch/Degussa hat sich viel in der Antifaszene geändert, wobei wir an manchen Stellen zu ungenau drauf reagiert haben. Doch ob oder unter welchen Umständen wir im Bündnis arbeiten, hat uns niemand vorzuschreiben (Forderung nach Verlassen des Bündnisses). Anders als in bestimmten anderen Bereichen ist eine Zusammenarbeit in Bündnissen <u>zu bestimmten Bedingungen</u> sehr wichtig und auch sinnvoll, solange sich die Linken dort nicht aufsaugen und instrumentalisieren lassen. Aber diese Situation gab es nicht und gibt es auch jetzt nicht!
Zur Forderung "Legt offen, was Ihr politisch vorhabt": Das kann in den meisten unserer Publikationen nachgelesen werden (z.B. im ANTIFA JUGENDINFO). Kernstück unserer Politik ist der selbstbestimmte politische Kampf und die unabhängige Organisierung in den Stadtteilen, Betrieben und (vor allem bei unserer Gruppe) in den Schulen. Unabhängig aber auch von der Meinung der Bündnisgruppen oder irgendwelcher autonomer Moralwächter. Die Politik und die ganze Struktur einerseits der "Antifa Westberlin" (unabhängige Antifagruppen) und der "Jugend-Antifa-Koordination" (JAKOB) baut darauf auf.

Wenn eine revolutionäre Politik im Bündnis nicht oder nur punktuell durchgesetzt werden kann, ist das die eine Sache. Eine generell reformistische (oder sogar konterrevolutionäre) Arbeit wird von uns aber natürlich bekämpft und nicht schweigend mitgetragen. Falls sich das Bündnis endgültig zu diesem Punkt entwickelt und wir es nicht verhindern können, werden wir es natürlich verlassen. Wir tragen keine Politik mit, di sich gegen unsere eigenen Interessen richtet.

<u>Noch zur Situation im Bündnis:</u>
nach dem 8. Juli hat es eine breite Verurteilung des Verhaltens der Jusos/DGB gegeben, was Ordner/innen und Demo-Abgang angeht. Die Jusos haben sogar eine Presseerklärung gegen "Provokateure" herausgegeben und im Bündnis ein Papier vorgelegt, in dem die Aufstellung eigener Ordnertrupps gefordert wird. Natürlich wurde das abgelehnt und wir würden solche Gruppen am liebsten auch nicht mehr im Bündnis sehen. Aber es ist kein autonomes Bündnis, revolutionäre und reformistische Gruppen halten sich ungefähr die Waage. Jusos und DGB sind erst seit der Wahl fest

im Bündnis, was auch (durch ihre Politik) klar ihre Aufgabe in "rotgrüner Regierungsverantwortung" deutlich macht: Ihr Ziel ist die Entsolidarisierung im Bündnis gegen die radikale Linke innerhalb der Antifa. Beide Gruppen haben bisher wenig zu sagen, wenn sie auch viel labern. Andere Gruppen sind z.B. SEW, VVN, Volksfront, Aktion Sühnezeichen, AL-Antifa etc. Auf Seiten der autonomen Linken und unabhängigen Gruppen sind die 'Antifa Westberlin', JAKOB und einige türkische Gruppen vertreten.
Es herrscht bisher das Konsenspronzip, nur was alle mittragen können, wird auch gemacht. Darin liegt eine Chance für uns, aber auch die Gefahr, ein zu passives Verhalten z.B. wegen fehlendem eigenen Konzept, schlägt schnell über in Unterstützung oder Akzeptanz vom Vorgehen anderer Gruppen, deren Politik mit uns eigentlich gar nichts zu tun hat. Das ist teilweise jetzt passiert.



Brutal ging die Polizei mit Schlagstöcken und Schilden gegen antifaschistische Demonstranten vor, die am Mittwoch abend den Auftritt der neofaschistischen „Bürgerinitiative Demokratie und Identität" verhinderten Foto: Homann

Statt ein DIREKTES Vorgehen vorzubereiten, haben wir uns zu sehr nach dem Bündnis gerichtet. Nicht weil wir plötzlich reformistisch geworden sind oder sowat, sondern aus der eigenen Hilflosigkeit heraus. Die Konsequenz wird mehr als bisher sein, wieder mehr eigene Aktionen zu machen und uns auch aus manchen Bündnis-Sachen rauszuziehen, wenn wir sie nicht mittragen können. Wichtig ist aber auch in Zukunft eine bessere Vermittlung und Diskussion mit autonomen Menschen und Gruppen, um so'ne Geschichten wie am 8. Juli ab jetzt auszuschließen.



KURZKRITIK AN DER KRITIK

Da ich am Montag nicht zur Vollversammlung gehen kann, hier eine kurze Kritik an die/den SchreiberIn des Kritkpapiers am Bündnis gegen Faschismus,Rassismus und Sexismus.

Der Vorwurf an das Bündnis es hätte Staatspolitik betrieben und sei von AL/SPD/Gewerkschaften eingelullt worden und hätte deren Politik mit getragen ist schlichtweg

S P A L T E R I S C H ! ! !

Fakt ist doch, daß sich KEINE gewaltbereiten BlockiererInnen organisiert haben um früh morgens die dreihundertfünfzig REP's zu verhauen. Wer sich von den Organisatoren der Demo 'bestellt' gefühlt hat, zeigt eher einen autoritären Charakterzug als den Wunsch, die als richtig eingeschätzte Aktionsform selbstbestimmt zu organisieren.

Die Leute am Gitterchen am Schluß der Kundgebung haben Euch nicht wirklich gehindert. Sie wurden vielmehr ersatzweise als Aggressionsobjekt aufs Korn genommen. Die Presse und Teile der VeranstalterInnen versuchen einen 'Sieg' der Gewaltfreien herbeizulügen und Ihr spielt dieses falsche Spiel mit! Eure mangelnde Power (sich früh morgens selbständig zu organisieren anstatt sich in kindische Drohgebärden zu verlieren) wollt Ihr jetzt im Nachhinein anderen anlasten.

Es war politisch wichtig und schwierig die Kundgebung zu organisieren. Aber die Tatsache, daß diese Kundgebung diskutiert und organisiert wurde, darf doch nicht als Vorwand genommen werden, daß konkrete,erfolg-versprechende Blockadeaktionen nicht geplant und durchgeführt wurden.

KRIMINALISIERUNG VON ANTIFASCHISTINNEN IN HAMBURG - WIR STEHEN NICHT TATENLOS DANEBEN!

Am Donnerstag, den 15.6.89, wurden in Hamburg 8 Wohnungen durchsucht. Die Landeskriminalämter Niedersachsen und Hamburg ermitteln gegen 6 Menschen wegen militanter Aktionen gegen Faschisten. Die Wohnungen wurden ohne Durchsuchungsbefehl durchsucht. Begründet wurde dies mit "Gefahr im Verzug".
2 der Beschuldigten, Renate und Burghard, wurden während der Durchsuchungen verhaftet und sitzen seitdem in Hamburg in Untersuchungshaft. Haftgrund ist neben angeblicher Flucht- und Verdunklungsgefahr ein behaupteter dringender Tatverdacht, das Faschistenehepaar Worch überfallen zu haben. (Im Mai 89 wurden Christian und Ursula Worch 50 Aktenordner mit Material der "Nationalen Liste" (FAP Hamburg) aus deren Wohnung beschlagnahmt.
Inzwischen wurden die Durchsuchungen damit begründet, daß gegen vier der sechs Beschuldigten wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach §129a StGB ermittelt wird. Dabei konstru-

ieren sich die Staatsschützer eine Vereinigung herbei, die im norddeutschen Raum militante Aktionen gegen politische Gegner - nämlich Faschisten - und Repräsentanten des Staates durchgeführt haben soll. Diese ungenauen Angaben reichen den verantwortlichen Staatsanwäten aus, um aktive AntifaschistInnen in Hamburg derart massiv anzugreifen. Wie schon so oft in Ermittlungsverfahren wegen §129a legen die Ermittlungsbehörden keinerlei Tatsachen vor, die ihre Behauptungen untermauern würden.
Interessanterweise erschien 2 Wochen vorher im "Spiegel" ein Artikel über antifaschistische Gruppen, in dem nicht etwa hervorgehoben wurde, daß das antifaschistische Bewußtsein und die Bereitschaft, den antifaschistischen Kampf aufzunehmen, in den letzten Monaten - vor allem seit den Wahlerfolgen der REPs in W-Berlin - zugenommen hat. Dieser Artikel versucht Teile der antifaschistischen Bewegung als sogenannte Militante zu denunzieren. Ziel des Artikels ist es, eine Spaltung der antifaschistischen Bewegung in "Gewaltfreie" und Militante herbeizureden.
Es ist eine uralte Masche Bewegungen an der Gewaltfrage spalten zu wollen. Wir sollen dazu gebracht werden, nicht mehr GEMEINSAM unsere Ziele und Inhalte zu diskutieren, denn wir können dabei zum gemeinsamen Handeln kommen. Unsere solidarischen Diskussionen, in denen wir unsere Stärke auch in der Vielfalt unserer Aktionsformen begreifen und Bündnispartner und Gegner besser unterscheiden lernen, ist den Herrschenden gefährlich. Und daher nützt es nur ihnen, wenn wir uns aufreiben in Auseinandersetzungen über die "Gewaltfrage".
Wir, die Linke, haben gelernt in den letzten Jahren. Wir haben gelernt, daß wir die einzelnen Kämpfe nur gemeinsam erfolgreich führen können. Auch die antifaschistische Bewegung hat dies erkeannt.
Vor diesem Hintergrund richtet sich unser antifaschistischer Kampf nicht nur gegen "alte" und "neue" Faschisten. Er ist eng verknüpft mit dem Suchen nach UNSEREN Lösungen, die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche zu beseitigen. Wir kämpfen für ein menschenwürdiges und gleichberechtigtes Leben aller Menschen. Das greift die bestehenden Machtverhältnisse grundlegend an.
In den letzten Jahren sind zunehmend mehr AntifaschistInnen kriminalisiert worden; größtenteils durch Strafbefehle und "kleinere" Prozesse wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetzt, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand etc. In W-Berlin werden zur Zeit mehrere Menschen wegen der "Bildung bewaffneter Haufen" verfolgt. Dies steht im Zusammenhang mit der Mobilisierung und den Selbstschutzmaßnahmen um den 20. April (Hitlers 100jähriger Geburtstag). Jetzt werden 6 Menschen in Hamburg mit Hilfe des Staatsschutzparagraphen 129a verfolgt.

Derzeit ist uns noch offen, welche konkreten Interessen dahinterstehen. Der §129a bietet den Ermittlungsbehörden viele Möglichkeiten: Er soll durch hohe Strafen abschrecken, politische Aktionen als terroristische diffamieren, Menschen dazu bringen, sich aus Angst oder aus politischer Taktik zu distanzieren. Er diffamiert politische Inhalte ganzer Teilbereiche als "anschlagsrelevante" Themen und bietet zusätzlich gegen ganze Bewegungen gerichtete Ermittlungsmöglichkeiten, die unter anderen Vorwürfen gar nicht legal wären - wie z.B. Abhören, Observieren, Spitzel und Provokateure einschleusen usw.
Dieser massive Kriminalisierungsangriff soll uns alle treffen: Die Hamburger Antifa-Koordination läßt sich nicht spalten! Wir wollen GEMEINSAM unseren Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus organisieren. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten - und schon gar nicht zwischen uns!
Wir setzen uns ein für die Freiheit von Renate und Burghard und für die Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen!

Auf einem Treffen der Hamburger Antifa Koordination haben Mitglieder der folgenden Organisationen dieses Papier erarbeitet:
GAL FG Antifa, VVN/BdA, Antifa Jugendfront, Jusos, DKP, Volksfront, GJA/R, Antifa Hamburg, VSP

Zu dem Papier in der INTERIN Nr. 60 betr. Vorfälle an der Gerhard-Hauptmann-Schule

Über die Bespitzelung von (hauptsächlich türkischen) Schülerinnen und Schülern der 5. Hauptschule Kreuzberg gibt es zur Zeit viele Gerüchte, auch und vor allem bei türkischen und deutschen Jugendlichen aus der Gegend hier. Wir versuchen, etwas mehr herauszukriegen, was sich aber als ziemlich schwierig erweist: die Paranoia hat schon gegriffen, nicht nur was deutsche Leute angeht.

Der Zweck dieses Papiers ist aber ein anderer: Wir finden es total verantwortungslos, wie in dem Papier mit „Wahrscheinlichkeiten" umgegangen wird! So wird das Restaurant/Imbiss *ARI 88* in der Reichenberger Str. 116 genannt und der Eindruck erweckt, der dort arbeitende *Mehmet* wäre „Teil dieses Spitzelsystems". Worauf gründet ihr diese Behauptung? Sie ist doch erstmal nicht mehr als eine Vermutung, die keiner Überprüfung standhält. Es ist richtig, daß eins dieser Treffen in diesem Restaurant stattfand. Richtig ist aber auch, daß Mehmet (nach eigenen Aussagen) im Vorfeld vom Kob ausgefragt werden sollte und die Klappe hielt. Er wollte sich eben *nicht* einbinden lassen, genausowenig wie von der Sozialarbeiterin, die bei dem Treffen mit den anderen Jungs dabeiwar.

Mehmet jobt in der Kneipe, er geht selber noch auf die betreffende Schule und diese Behauptung, er wäre ein Spitzel oder zumindest Zuträger der Bullen kann schlimme Auswirkungen für ihn haben! Wir halten eine solche Vorgehensweise, daß Name und Arbeitsstätte von Leuten genannt werden, obwohl keine stichhaltigen Beweise vorliegen, für absolut verantwortungslos! Das ist Effekthascherei, die für die betreffenden Menschen nicht wieder gutzumachende Konsequenzen haben kann. Es gibt auch in unserer Szene öfter mal einen Spitzelverdacht. Stellt euch vor, wir würden das jedesmal gleich an die große Glocke hängen und „vorsichtshalber" schon mal den Namen und Zusammenhang veröffentlichen.

Deshalb verlangen wir von euch: Legt eure Beweise oder Anhaltspunkte vor, was Leute etc. betrifft oder unterlaßt die öffentliche Nennung von Namen der Leute, die ihr „in Verdacht" habt! Für türkische Jugendliche gelten die gleichen Rechte, die wir uns selbst auch zugestehen.

Einige Leute aus der Reiche 115a



BÜRO ZUR UNTERSTÜTZUNG DER KÄMPFENDEN GEFANGENEN
c/o verlag "schwarze seele"

falkensteinstr. 46
1000 berlin 36

öffnungszeiten: di u.do 16-21 uhr

Juli 1989

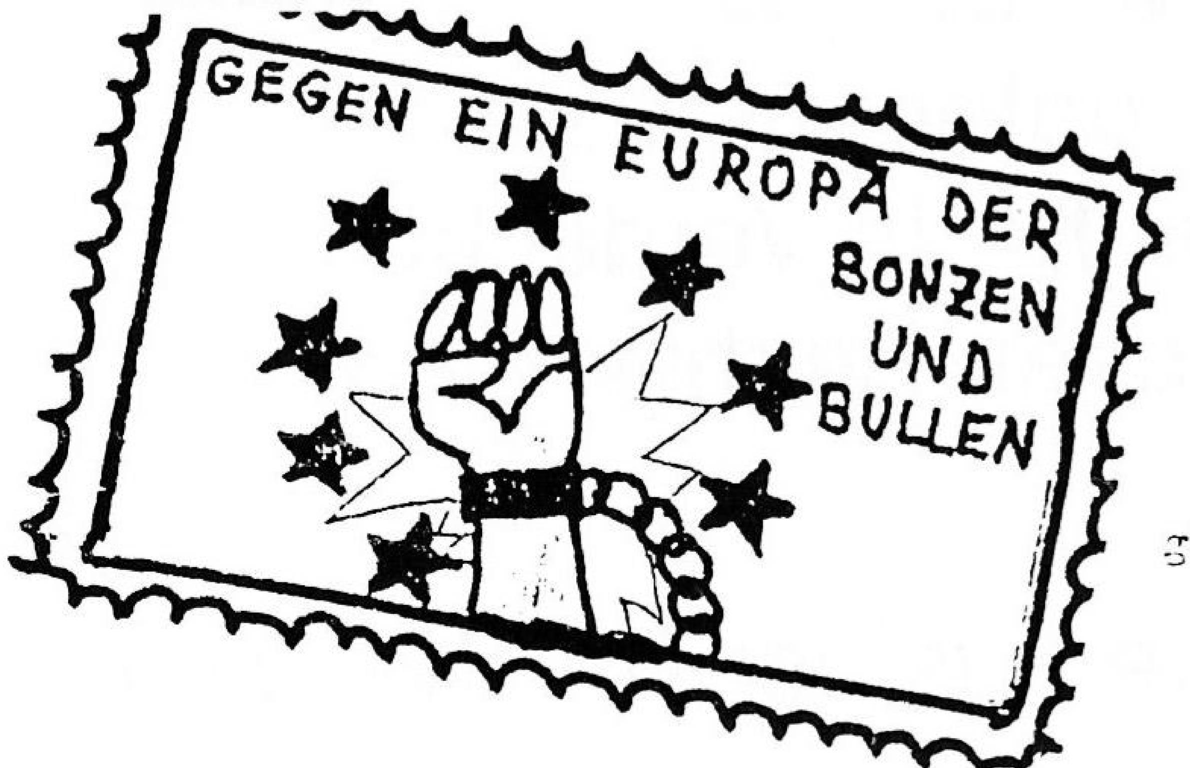
Liebe Gefangene!

Das Hungerstreik-Infobüro in der AL ist nach dem Abbruch des Hungerstreiks aufgelöst worden.
Aber noch längst sind nicht alle Forderungen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand sowie alle anderen Forderungen der Hungerstreiks erfüllt.
Es bleibt also noch viel zu tun.
Deshalb haben wir Interesse, die begonnene Arbeit jetzt nicht einfach abreißen zu lassen, die vielen Briefe, die wir bekommen haben, auch nicht einfach abzuheften und zu vergessen; im Gegenteil, wir wollen die Auseinandersetzung mit drinnen und draußen weiter vorantreibeben, damit wir eine starke Mobilisierung zum Knast zustandebringen.
Für uns in Berlin geht es jetzt darum, dafür zu sorgen, daß eine große Gruppe hier zusammengelegt wird und daß das den hungerstreikenden Frauen in der Plötze zugesagte Kommunikationszentrum eingerichtet wird.
Darüberhinaus wollen wir auch mitkriegen, was die Situation in den Knästen in anderen westeuropäischen Ländern ist.
Um dafür einen guten Ausgangspunkt zu haben, haben wir ein neues Büro: Rote Säge, Büro zur Unterstützung der kämpfenden Gefangenen, Anschrift siehe oben. Wir teilen uns das mit dem Verlag Schwarze Seele, der auch Arbeit zu Gefangenen und Knast macht. Bald werden wir auch ein Telefon haben, so daß ihr, soweit es euch möglich ist und ihr Lust habt, uns anrufen könnt (die Telefonnummer und unsere Öffnungszeiten teilen wir euch mit).
Wenn ihr wollt, dann schreibt uns doch mal, wie es euch jetzt geht nach dem Ende des Hungerstreiks.
Wenn ihr zu bestimmten Sachen Informationen möchtet, schicken wir euch die gerne, soweit es uns möglich ist.
Dieser Brief soll ein erster Schritt sein, die Kommunikation zwischen euch und uns zu organisieren.

viele Grüße

BRIEFMARKEN FÜR GÜNTHER SONNENBERG

günter sonnenberg, gefangener aus der raf, ist seit seiner festnahme vor 12 jahren in iso-haft in baden-württemberg, davon seit über 10 jahren in bruchsal. die meisten wissen sicher, daß günter durch einen gezielten schuß auf seinen kopf bei seiner festnahme haftunfähig ist und zu den gefangenen gehört, die unbedingt raus müssen. allerdings haben sich die haftbedingungen in bruchsal seit dem letzten hungerstreik nicht verbessert, sondern die schraube wird stück für stück angezogen. im januar 89 wurde günter die menge an briefmarken, die er bekommen darf, auf den wert von 3,00 dm pro brief reduziert. im juni wurden ihm bei einer zellenrazzia die restlichen briefmarken geklaut mit der begründung, er dürfe nur für 20,00 dm im monat briefmarken haben. dazu schreibt günter: "ein lächerlicher witz. das reicht ja nicht mal für eine woche. so geht es jetzt nicht mehr weiter..."



das finden wir auch. es wird zeit, daß wir den haftverschärfungen in bruchsal eine grenze setzen. eine genossin machte den vorschlag, daß dann eben ganz viele genossInnen briefmarken an günter schicken sollen. eine gute idee. so merkt günter, daß wir bei ihm sind und seine situation auch nach dem streik verändern wollen. und die schweine kriegen mit, daß wir wach sind und sie nicht unbeobachtet alles machen können, was sie wollen. günter hat zwar in einem brief an eine genossIn geschrieben: "es hat keinen sinn mehr, mir weiter briefmarken zu schicken." aber das bezieht sich auf seine situation im knast, nur durch kontakt mit einzelnen an briefmarken zu kommen. unsere möglichkeiten draußen sind andere. wir können diesem problem mit einer gemeinsamen solidaritätsaktion begegnen. unser vorschlag ist, daß alle gruppen und menschen, die ein paar mark in der tasche haben und sich mit den gefangenen verbunden fühlen, ihm ein paar briefmarken und grüße schicken. die adresse ist:

günter sonnenberg
schönbornstr. 32
7520 bruchsal

übrigens: günter hat am 20.7. geburtstag. vielleicht erreichen ihn bis dahin schon die ersten grüße.

günter - muß raus! claudia - muß raus! christoph - muß raus! bernd - muß raus!

OFFENER BRIEF AN DIE GEFANGENEN DER RAF

UND AUS DEM ANTIIMPERIALISTISCHEN WIDERSTAND

wir gehören zu dem teil der autonomen bewegung, der sich in den letzten monaten intensiv mit eurem hungerstreik auseinandergesetzt und versucht hat, auf vielen ebenen eine gegenöffentlichkeit für die forderungen herzustellen.
in den hungerstreikerklärungen, insbesondere der von gabi rollnik und eva haule, haben wir -als kritisch solidarische radikale- mit besonderem interesse zur kenntnis genommen, daß zumindest ein teil der gefangenen eine neue, offene diskussion sucht.
daß eva haule zu den ersten gehört, die nach dem abbruch eine erklärung veröffentlicht und darin diese diskussionsbereitschaft nochmals unterstreicht, bestärkte uns in der absicht, jetzt -auch ohne die zusammenlegung durchgesetzt zu haben- so weit als möglich diese debatte mitanzufangen.
eine grundlegende frage besteht darin, ob und wie wir trotz bzw. gegen die zensurpraxis eine teilnahme aller betreffenden und interessierten gefangenen weitestgehend gewährleisten können. zudem greifen wir nochmals die forderung von gabi rollnik auf, daß für diese diskussion ein zentrales medium gefunden werden muß. daß sich die taz dafür nicht eignet, steht für uns außer frage. ob eventuell clockwerk, das angehörigeninfo oder eine ganz andere zeitung diese aufgabe übernehmen kann, müßte unbedingt geklärt werden.
beides gehört zu den konkreter zu thematisierenden vorraussetzungen dafür, daß der faden einer verbreiterten, offenen diskussion nicht mehr abreißt.
darum geht es uns, und an fragestellungen für diese debatte fehlt es nicht, weder zu drinnen noch zu draußen.
wir werden uns in diesem ersten beitrag auf den gelaufenen hungerstreik beziehen; schwerpunkte sind die fragen zur bündnispolitik (und davon ausgehend zur "breiten gesellschaftlichen diskussion") und zum verhältnis zu den sozialen gefangenen.
diesbezüglich wollen wir zuerst unsere eigenen zum teil nicht sehr einheitlichen erfahrungen bzw. positionen darstellen, die fragen an euch leiten sich dann davon ab.
wir denken, daß weitreichende widersprüche vorhanden sind; wir wollen aber zu dem, was in euren erklärungen oft nur kurz oder gar unausgesprochen drinsteckt, mehr und genaueres wissen. wir wollen daran eine lebendige, solidarische diskussion!

zur bündnisfrage:

der erste komplex betrifft die frage der bündnispolitik, die sich für uns draußen ja nicht nur mit der bestimmung des hungerstreiks gestellt hat.
sie stellt sich vielmehr in nahezu allen unseren"kampffeldern", z.b. vom anti-akw-widerstand über antifaschismus bis zur antiimperialistischen solidarität. ob gegen die waa, gegen neofaschistische treffen oder gegen die tagung des iwf.., überall und immer wieder stellt sich die frage, wie weitgehend ein bündnis sein muß bzw. sein kann, um nicht nur eine breite sondern auch eine entschiedene und radikale mobilisierung zu erreichen.
die bedingungen sind sicherlich von fall zu fall und von region zu region zu verschieden, als daß eine eindeutige, allgemeingültige position festzuklopfen wäre.
erstmal spielt die eigene stärke in der betreffenden kampagne eine zentrale rolle. wo klare positionen von uns formuliert und als teil einer mobilisierung durchgesetzt und akzeptiert sind, läßt sich in bündnissen zumeist ganz gut arbeiten. und bündnis ist nicht gleich bündnis. die zusammenarbeit innerhalb linksradikaler kräfte , deren bündelung zu bestimmten anlässen, stellt kaum jemand in frage. es beginnt erst da sehr widersprüchlich zu werden, wo wir mit reformistischen kräften konfrontiert sind; bzw. -vorgelagert- geht es darum, ob und wie wir die auseinandersetzung mit diesem spektrum zwecks gemeinsamer aktivitäten überhaupt suchen.
grob unterteilt gibt es dazu bei uns drei verschiedene herangehensweisen, die sich im konkreten selten so klar trennen lassen:
zum einen werden solch breite bündnisse als falsche orientierung wie auch

aufreibende kraftverschwendung abgelehnt. der sozialen ausweitung in die "unterklasse", die verbindungssuche zu den menschen, die hier viel weniger zu verlieren haben als die in linksreformistischen organisationen dominierenden mittelschicht, wird absolute priorität eingeräumt.
die zweite position schließt taktische bündnisse nicht aus, wobei zum teil gerade in der abwehr staatlicher repressionen eine besondere notwendigkeit eines breiten schutzes gesehen wird. linksreformistische kräfte würden die rechten hardliner neutralisieren, wir könnten diese lähmung als politischen und praktischen freiraum nutzen.
die dritte position sucht punktuell auch die inhaltliche auseinandersetzung in solchen bündnissen. der hintergrund dieser bemühungen ist auch die hoffnung, weitere menschen aus der basis von reformistisch orientierten gruppen für eine radikale perspektive zu gewinnen.
einigkeit besteht darüber, daß ein einlassen auf solche bündnisse eine ständige gratwanderung zwischen (positiver) verbreiterung und (negativer) vereinnahmung bedeutet. die gefahr, politisch geschluckt zu werden, indem die eigenen inhalte verwässern und die mobilisierung reformistisch ausgesteuert wird, ist spätestens seit der friedensbewegung keine theoretische konstruktion sondern praktische erfahrung. daß wir unsere inhalte eindeutig formulieren müssen, um als radikaler pol sichtbar zu sein, ist unbestritten.
ob und wie wir damit agieren und agitieren, ist damit nicht entschieden und variiert in genanntem spannungsfeld.
die erfahrungen aus den letzten jahren lassen uns allerdings grenzen ziehen. der beteiligung bzw. einmischung desrealgrünen spektrums , von sogenannten linken spd-fraktionen oder aus der linksliberalen prominenz stehen wir mehr als skeptisch gegenüber. die reformistische medienwelt bei fuß zielen diese kräfte eher bewußt als unbewußt dahin, aufkommenden protest in ein demokratisches befriedungsprojekt zu leiten, damit daraus kein radikaler widerstand entsteht. im gelaufenen hungerstreik waren solche tendenzen unübersehbar. bisweilen erschien der kampf gegen die isolationshaft als verwaschene menschenrechtskampagne ("bürgerrechtsidentität" nennt es chritian klar). und hier konnte die spd dann ihre vagen kleingruppenversprechungen bestens plazieren.
um die auseinandersetzung zur bündnispolitik nicht nur abstrakt darzustellen, wollen wir zumindest kurz die bedingungen in rhein-main und hier speziell in frankfurt skizzieren. schon vor dem hungerstreik gab es in ffm kaum eine zusammenarbeit zwischen autonomem und antiimperialistischem widerstand, die gegensätze und fraktionierungen hatten eher zugenommen. ohne hier jetzt genauer darauf eingehen zu können, hat sich mit der auseinandersetzung in und um das besetzte büro der grünen diese zersplitterung weiter verfestigt; die mobilisierung zum hungerstreik wurde blockiert und geschwächt. diese schwache ausgangslage der linksradikalen sowie die in ffm besonders starken reformistischen kräfte (an ihrer spitze die knallharte realo-grünen-fraktion) waren und sind die denkbar schlechtesten vorraussetzungen für ein breites und doch starkes bündnis.
aber auch von dieser konkreten situation abgesehen meinen wir, daß insgesamt eine genauere bestimmung des hungerstreiks, der grenzen in der mobilisierungsbreite, von uns hier draußen nie wirklich diskutiert wurde. die unklare vorgabe von euch gefangenen, der unvermittelte sprung von der letzten (84/85) zur jetzigen hungerstreikerklärung, war <u>eine</u> der ursachen dafür.
zum sogenannten dialogangebot etliche monate vor dem hungerstreik gab es beiträge von gefangenen, in denen sich die ablehnung von leuten wie vollmer und co deutlich ausdrückte. während des hungerstreiks gab es zwar noch eine absage an ein gesprächsangebot eines von braunmühl-bruders, ansonsten sahen wir -erst recht in der zuspitzung des streiks- alle grenzen verschwimmen. bündniskompromisse, z.b. zur bonn demo am 29.4. gingen so weit wie lange nicht mehr in den letzten jahren, und waren euch -wenn unsere informationen stimmen- noch nicht weit genug. gemeint ist der umstrittene beitrag aus dem spektrum des osterappells.
wir finden auch in den ersten erklärungen nach dem abbruch des hungerstreiks keine genauere einschätzung zu dieser frage, die diskussionsbereitschaft mit

allen gesellschaftlichen gruppen läßt vielfältige interpretationsmöglichkeiten. kritischer formuliert: sie ist wachsweich und verliert jegliches profil. wir denken, daß ihr genauer machen müßt, wie ihr das seht.
wir zumindest haben den eindruck, daß über ein auch von uns erstmal sehr positiv aufgenommenes ziel hinausgeschossen wurde. wo die offene debatte in der radikalen linken endlich beginnen, wo also revolutionäre politik drinnen wie draußen aufgearbeitet und kritisch diskutiert werden sollte, wo wir uns insbesondere einen längst ausstehenden, solidarischen "streit" um positionen der raf und der gefangenen der raf versprochen hatten, stellt sich für uns mit der undifferenzierten breite die frage, ob die diskussion mit uns überhaupt in erster linie gemeint ist ...

zum verhältnis zu den sog. sozialen gefangenen:

im folgenden, zweiten komplex geht es uns um die diskussion und fragen zu den knastkämpfen und zum verhältnis zu den sozialen gefangenen.

wir gehen von der vorstellung einer sozialrevolutionären perspektive als einer orientierung auch im knastkampf aus.
während der mobilisierung zu eurem hungerstreik für die zl in zwei große gruppen, haben wir die forderung nach zl für uns auch als möglichkeit der verbesserung der kampfbedingungen im knast diskutiert - im knast als terrain, das wir in unsere kämpfe einbeziehen. "(...) wir begreifen die zl als grundlage, von der aus wir stärker und organisierter, gerade auch mit anderen rebellischen gefangenen zusammen, gegen das ganze knastsystem kämpfen können. ..." (autonomer redebeitrag, hungerstreik-veranstaltung in ffm., 30.3.89)
auch andreas semisch schrieb in seiner hs- erklärung u.a. dazu, daß er die zl als "eines der etappenziele hin zu einer selbstbestimmten organisierung mit den sozialen gefangenen" sieht.
d.h. in dem kampf um zl sehen wir vor allem auch die verbindung von der konkreten forderung, im knast mit genossInnen zusammengelegt zu werden, mit der suche nach verbreiterung des kampfes und für (neue) zusammenhänge für uns drinnen. das ziel, immer auch mit anderen gefangenen gemeinsame erfahrungen zu machen und handeln zu können, ist für uns grundlegend: als vorraussetzung für austausch und diskussion, praktische solidarität (auch aus "nur punktueller" gemeinsamkeit heraus...), aktionen usw., für stärkere zusammenhänge und kollektive (-erfahrungen), gerade auch gegen das wieder-auseinanderreißen gemeinsam handelnder gefangenengruppen.
eure forderung nach der teilnahme an gemeinschaftshofgängen haben wir auch als einen schritt darin verstanden, aber während des streiks und in den ersten briefen danach habt ihr erstmal zu dieser forderung nichts mehr gesagt. zu dem, welchen stellenwert sie für euch hat, und darüber hinaus zu eurer/n position/en zur perspektive eines verbreiterten knastkampfes mit sog. sozialen gefangenen, wollen wir euch genauer fragen und mit euch diskutieren.

wir haben kein interesse daran, das herrschende knastsystem als "das" kampfterrain auszumachen. uns geht es darum, soziale und kämpferische bezüge dem knast entgegenzusetzen. das ziel der revolutionären veränderung und die tiefere, die nähe der auseinandersetzung zusammen mit genossInnen, stellen sich uns den im vergleich dazu begrenzten gemeinsamkeiten mit anderen gefangenen nicht entgegen. wir wollen uns auch im knast "bewegen", und dabei nach annäherungen zu gefangenen suchen, aus dem gemeinsamen interesse an radikaler veränderung heraus. dabei gehen wir auch von grundsätzlichen unterschieden in den männer- und den frauenknästen aus, daß wir als/mit frauen uns vielmehr an organisierungsansätzen in den knästen vorstellen können. gerade auch diese auseinandersetzung soll in unseren weiteren diskussionen ein schwerpunkt sein.

aus den knästen bekommen wir die verschiedensten "täglichen auseinandersetzungen" mit, von spontanen solidaritätsstreiks bis zu gezielten aktionen/ hungerstreiks, und daß gefangenengruppen für die unterschiedlichsten ziele gemeinsam handeln. ihr seid auch an diesen aktionen immer wieder beteiligt. und wir begreifen sie, zusammen z.b. mit der 'angleichung' der bedingungen in den 'neuen' knästen, als bezugspunkte und beispiele innerhalb unserer vorstellungen zu einem breiteren knastkampf (und den grenzen darin).

aus ihrer knastsituation, d.h. auch mit diesen erfahrungen, haben sich mit zum teil sehr radikalen forderungen soziale gefangene eurem hungerstreik angeschlossen, oder haben sich mit ihren eigenen forderungen und streiks auch auf euren kampf bezogen. direkte solidarität kam oft auch aus den knästen, wo gefangene von euch sitzen.
einige gefangene von euch (und 2.juni) kämpfen seit jahren auch mit anderen gefangenen, und mit den verschiedensten, bis zu militanten aktionen, um den 'knast im knast' gegen politische und kämpfende gefangene, die knaststrategie und -einrichtungen anzugreifen. stefan w. benannte während seines prozesses vor dem amtsgericht in köln solche aktionen als einen teil seines kampfes, um im knast weiterzukämpfen für revolutionäre veränderung. einige haben sich in den letzten hungerstreiks für zl nicht (mehr) beteiligt, weil es für sie vielleicht nicht mehr zusammen geht, aus der unterschiedlichen position zum gemeinsamen kampf um zl heraus, oder aus noch ganz anderen/ eigenen gründen. wir wollen das von hier draußen aus nicht gegeneinander stellen. zum einen gehen wir davon aus, daß es auch ohne beteiligung am hungerstreik eine tiefe solidarität untereinander, unter euch, gibt. zum anderen gehen wir von uns und unserer solidarität zu euch aus. einen gemeinsamen knastkampf kann es, vor allem von draußen aus, auch mit unterschieden geben. für genauere diskussionen, kritik, und um trennungen und unterschiede auch mal klarer zu kriegen, wollen und brauchen wir eine weitergehende auseinandersetzung. d.h. wir wollen diese diskussion - mit unserer nähe zu den gefangenen, die (auch) einen sozialrevolutionären bezug in ihrem kampf formulieren und verfolgen, und wir brauchen sie für unsere eigene auseinandersetzung mit knast.
besonders mit den verschiedenen aktionen gegen die trakte und den kämpfen der frauen in plötzensee wurde in den letzten jahren deutlich, wie sich die haftbedingungen von politischen und kämpfenden sog. sozialen gefangenen angleichen: in der belegung von hochsicherheitstrakten, oder mit der entwicklung des "wohngruppenknastes"/ neue knäste; isohaft, trennscheiben, zensur, körperkontrollen, usw., werden zur "aufrechterhaltung der sicherheit und ordnung der anstalt" und zur spaltung der gefangenen insgesamt, in "resozialisierbar und unbelehrbar", angewendet. und es gibt einige überschneidungen in den entwickelten forderungen der verschiedenen initiativen und kämpfe.

auf diese erfahrungen bezieht ihr euch - zumindest öffentlich in euren erklärungen und briefen - kaum. gemeinsame erfahrungen über den/die hungerstreik/s hinaus, benennt ihr nicht als ein teil eurer auseinandersetzung. und auch in euren briefen nach dem abbruch im streik jetzt tauchen die anderen gefangenen, die in solidarität und mit eigenen zielen mit euch gekämpft haben, nicht auf, trotz z.b. der betonung des dialogs mit verschiedenen gesellschaftlichen gruppen. als ob sie für euch wenig bedeutung hätten im "großen" kollektiven hungerstreik für zl.
christian klar schreibt in seiner erklärung nach dem abbruch (28.5.89) zu dem, was ~~xix~~ mit dem streik erkämpft wurde, u.a.:

"(...)

> Wirkliche Beziehungen zu ausländischen gefangenen Genoss-inn-en und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen, gerade Beziehungen zwischen den sozialen und den politischen, nicht als die alte ideologisch eingeforderte Abstraktion, die niemand je wollen konnte, sondern Kampfbeziehungen gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen in denen jede-r in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele.

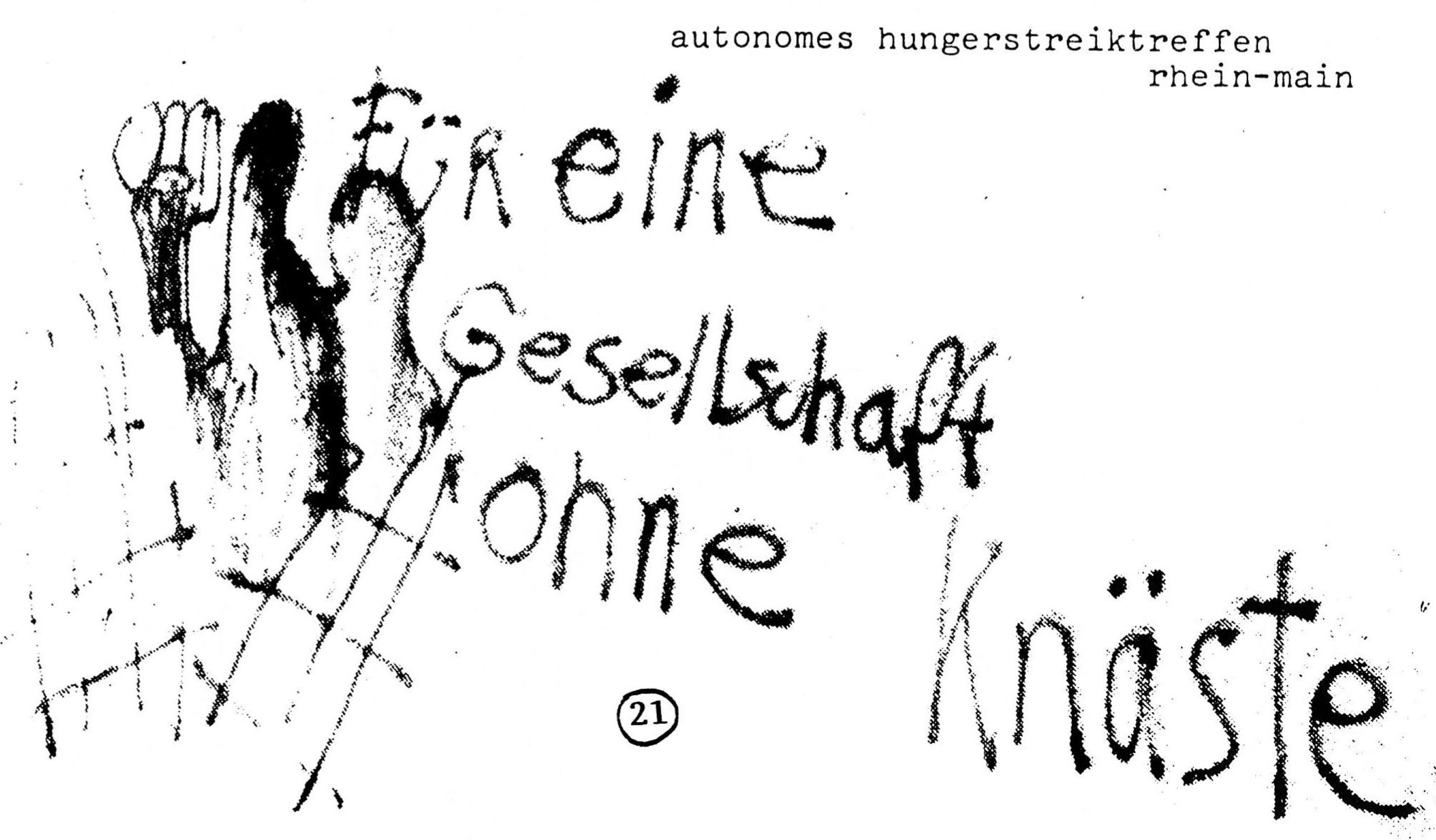
(...)"

es ist bisher der einzige abschnitt zum verhältnis zu anderen gefangenen in

euren erklärungen im und nach dem hungerstreik.
die hier benannten schritte zu gemeinsamer perspektive sind uns wichtig. die bisherigen kämpfe und bezüge zu anderen gefangenen sind für uns jedoch alles andere als "alte ideologisch eingeforderte abstraktion"!! -was hier christian klar glatt übergeht - für uns sind es erfahrungen in kämpfen, und widerstandsaktionen, und so auch grundlagen, die "beziehungen untereinander wachsen" lassen.
zum kampf um zl als konkreten organisierungsschritt denken wir, daß es dabei nicht "nur" um den kampf für die (homogenen) kollektive gehen kann. denn die durchsetzung von z.b. großen, selbstbestimmten gruppen bedeutet nicht, daß sie auf dauer 'abgesichert' wären. die gruppen und kollektive werden innerhalb der knaststrategie immer der gefahr ausgesetzt sein, entweder schon im ansatz auseinandergerissen, gespalten, oder vollständig isoliert zu werden.
und daran haben wir an euch die fragen:
begreift ihr euren kampf(was erreicht wurde), und die zl als etappenziel u. organisierungsschritte im knast getrennt von den kämpfen der sog. sozialen gefangenen?
welchen stellenwert hat für euch die forderung nach teilnahme an gemeinschaftshofgang, nach zusammenkommen mit anderen gefangenen?
seht ihr keine perspektive in aufeinanderbezogenen kämpfen, mit und aus gemeinsamer erfahrung heraus <u>in</u> den knästen? als einen teil des kampfes drinnen und draußen, in dem es für uns auch um den bezug und den versuch einer verankerung in den unterklassen geht.

auch in eurer forderung nach 'freilassung der politischen gefangenen' sehen wir den fehlenden bezug auf den widerstand (nicht nur) im knast. wir würden es verschärft begrüßen, und überhaupt uns riesig freuen, euch hier draußen zu wissen und euch treffen zu können! aber ein etappenziel - als einen schritt hin auf eine neue gesellschaft - scheint uns die forderung nicht zu sein.
eine freilassung wäre in zugespitzten kämpfen als zugeständnis denkbar. mit der'freilassung der politischen gefangenen' als eine zentrale forderung können wir uns aber nicht vorstellen, eben dieserverschärfung gesellschaftlicher widersprüche, einer revolutionären veränderung, näher zu kommen.
wir haben dieser forderung die nach 'einer gesellschaft ohne knäste' gegenübergestellt. damit wollen wir <u>alle</u> kämpfenden gefangenen erreichen, und eine verbindung zu den kämpfen draußen herstellen. für einen kampf, nicht bloß für die abschaffung der knäste als radikale reform, sondern für die gesellschaftlichen vorraussetzungen dafür. für eine gesellschaft, die zur regelung ihrer konflikte keine gesonderte staatliche/justizielle form mehr braucht, sondern in der die organisierung von unten ausgeht.

autonomes hungerstreiktreffen
rhein-main



NEUES VOM KRIMINALISIERUNGSRUNDBRIEF

Neue Adresse: Neue Adresse: Neue Adresse: Neue Adresse: Neue Adresse:

Alle Post nur noch an die neue Adresse:

Bei der neuen Adresse müssen wir nach dem 2 Umschlägeprinzip arbeiten!!!

1. Umschlag: Vrouwengroep OLW
de Wittenstraat 73
1052 AN Amsterdam
-Holland-

2. Umschlag: Kriminalisierungsrundbrief

Schickt bitte ab sofort keine Post etc. mehr an die Adresse Mainzerlandstr.147 in Frankfurt. Die Adresse gibt es nicht mehr! Folgend geben wir euch einen kurzen Überblick der Ereignisse in Frankfurt. Eine genaue und ausführliche Stellungnahme und Überblick werden wir euch mit der nächsten Nummer des Kriminalisierungsrundbriefes geben. Nun folgt ein kurzer Überblick:

Der Sprung zur Staatsschutzlinken ?

Nach unseren Informationen wollte de politische Polizei (LKA und Staatsschutz) am 23.5.89 mit einem Durchsuchungsbeschluß des Oberlandesgerichtes Frankfurt die Büroräume der Kühl KG (ehemalige KBW Firma) durchsuchen, um Informationen über die Herstellung und Verbreitung des Kriminalisierungsrundbriefes Nr.22/23 zu finden. Der Kriminalisierungsrundbrief hat ja dort seit Dezember 1988 eine Postkastenadresse. Vorher war unser Domizil Kassel. Den Standort Kassel hatten wir aus den in den Krimibriefen Nr. 22-25 dargestellten Gründen aufgeben müssen.
Was passierte am 23.5.89?
Den Bullen wurde von den anwesenden Vertretern der Kühl KG ein Name genannt, welcher Inhaber oder Mieter des Briefkastens vom Kriminalisierungsrundbriefes sein soll. Die Denunziation erfolgte nach Abwägung Ihrer "Geschäftsinteressen" und dem Datenschutz der Mieter. Nach Beratung mit ihrem Anwalt entschloß sich die Kühl KG eine schriftliche Aussage zu machen. Freiwillig ging ein Hausmeister der Kühl KG auf das Polizeipräsidium und machte dort Aussagen, sowie eine Identifikation. Zur Kühl KG muß gesagt werden das sie die komerzielle Nachfolgegesellschaft des KBW (Kommunistischen Bundes Westdeutschland)ist.
Fast alle der an der Denunziation beteiligten Beschäftigten und Anteilseigner der Kühl KG haben eine über 15 jährige politische Geschichte bis jetzt. Die Situation das Bullen kommen und fragen war ein Normalzustand in diesem Haus. Sie bekamen aber nie Antworten auf ihre Fragen und mußten meistens unverrichteter Dinge wieder abziehen. Das ehemalige KBW Haus bietet und bot den politischen Schutz ja auch immer an.
Die jetzt erfolgte Denunziation stellt einen Einschnitt dar!!!
Wir fordern die Kühl KG (ehem. KBW) auf die gemachten Aussagen zurückzunehmen!!! Es geht jetzt im Moment darum das alle die das Projekt für wichtig finden entsprechend sich überlegen wie sie eine Öffentlichkeit herstellen können. Eine genaue Darstellung wird in der nächsten Ausgabe erscheinen.
Ihr könnt ja mal überlegen wie ihr uns unterstützen könnt. Wir wollen auf alle Fälle weiter machen. Der Kriminalisierungsrundbrief ist wichtig als Instrument für eine Gegenöffentlichkeit und für unsere Diskussionen.

Wie geht es weiter?

Erstmal haben wir eine neue Adresse. Bitte macht diese bei euch bekannt. Schickt eure Flugblätter, Zeitungen, Beiträge, Kritiken, Broschüren, Artikel etc. an die holländische Adresse. Politisch wäre uns eine Adresse in der BRD natürlich angenehmer gewesen. Wir wollen ja nicht mit dem Umzug die Illusion nähren das es in Holland einfach anders ist. Wir müssen daran arbeiten das wir in der BRD wieder über revolutionäre Inhalte diskutieren können, ohne gleich kriminalisiert zu zu werden. Dafür ist aber ein anderes politisches Kräfteverhältnis als jetzt notwendig! Wir machen also weiter!

Zur finanziellen Situation von uns:

Rot ist zwar die Farbe der Revolution, aber in den roten Zahlen zu sein ist nicht gut. Wir sind es. Wir können wenn sich dies nicht ändert auch nicht mehr weitermachen.
Wo liegen die Ursachen? Gerade die Buchhandlungen stehen bei uns oft mit mehreren Hundert Mark in der Kreide, darunter auch einige hochpolitische Infoläden. Wenn ihr das Blatt nicht mehr wollt so gibt es die Möglichkeit der Abbestellung. Auch umfangreiche Mahnaktionen brachten immer nur kurzfristige Zahlungsschübe. Staatlicher Bußgelder sind wahrscheinlich von einigen schneller bezahlt worden als unsere Rechnungen. Wir bitten euch nun wieder an dieser Stelle alle offenen Rechnungen zu bezahlen!!!
Wir haben mit unserem neuen Abrechnungssystem auch etwas Luft bekommen. Es wird nun auch nur noch gegen Vorkasse geliefert.
Schaut mal die Geschichte von antistaatlichen Medien an. Als jüngstes Beispiel können wir die Zeitung Clockwork 129a ansehen. Sie mußte auch wegen der Schulden aufgeben und nicht wegen der staatlichen Repression.
Kein Jammern mehr! Überlegt wie ihr uns und ob unterstützen wollt. Organisiert den Handverkauf. Die Buchhandlunegn scheinen für revolutionäre Zeitungen langfristig keine Basis sein. Durch den Handverkauf auf Büchertischen, Ständen, Veranstaltungen, Demos etc. kommt der Krimirundbrief auch besser an die Leute die er errechen soll.
Während der Höhepunkte der Anti AKW Bewegung hat dies auch gut funktionier Zur Zeit ist dies aber schwieriger.
Vielleicht hat ihr auch Lust eine Solidaritätsfest oder Veranstaltung durchzuführen. Ihr könnt uns ja dann informieren. Wir fänden das ganz toll.

Der Kriminalisierungsrundbrief gehört dem Widerstand. Alle entscheiden somit wie gut oder schlecht, wie informativ oder nicht, wie aktuell oder nicht er ist!!!

Wir verabschieden uns bis zur nächsten Nummer! Also bis bald! Überlegt euch mal was!
Wenn ihr spezielle Fragen etc. habt so schickt sie uns damit wir darauf eingehen können. Beteiligt euch aktiv an dem Projekt. Für die Diskussion darum wird es in der nächsten Nummer auf alle Fälle Platz geben. Wir wollen spätestens nach dem Sommer im frühen Herbst wieder erscheinen!

Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis "Radikale Linke"

von Rainer Trampert und Thomas Ebermann

"Vielleicht werden in den nächsten Jahrzehnten völlig neue Bewegungen entstehen, die niemand kennt, aber es ist sinnvoll, die linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung schon jetzt vorzubereiten."
Damit hat Georg Fülberth den Sinn des Treffens kurz und in der Bescheidenheit angesprochen, die zum einen der heutigen Kraft linksradikaler Systemveränderer gerecht wird und die zum anderen nach erst einem Treffen ratsam ist.

Daß sich Linke aus so verschiedenen Traditionen und momentanen Zusammenhängen (Grüne, DKP, KB, VSP, autonome oder bewegungsorientierte Gruppen, Zeitungs-/Zeitschriftenprojekte oder ohne "Zugehörigkeit") nach Jahren zusammensetzten, um über gemeinsame Perspektiven zu diskutieren, und - soweit schon möglich - zu praktizieren, hatte mehrere Voraussetzungen.

Eine Voraussetzung war, daß linke Grüne sich auf den Weg gemacht hatten, nach Bündnismöglichkeiten zu suchen, weil ihnen die Umsetzung ihrer Vorstellungen in den Grünen versperrt wurde, seitdem die Grüne Partei-mit einigen Befreiungsschlägen gegen Linke-Regierungspartei (real oder dem Wunsche nach) und immer mehr zu einer systemintegrativen Kraft wurde, getragen von einer überwältigenden Mehrheit in den Grünen.
Es blieb der linksaltervativen AL Berlin überlassen, den letzten Schub zu organisieren. Daß sie den "Rest" organisierte und nicht die als "rechts" ausgemachten Realpolitiker symbolisiert den "Zeitgeist" in der BRD und nicht nur hier.

Bis tief in die Linke und in die alternative Kultur ragt der Geist, in einem harmonischen Konsens den Kapitalismus mitzugestalten, also Verantwortung für ihn zu übernehmen. Diese Entwicklung reißt links ein Loch und trägt dazu bei, Widerstand zu isolieren, der umso leichter repressiv verfolgt werden kann.

Ausdruck dieses Trends ist auch, an welchen Fragen der tiefgreifende Streit in der DKP entbrannte und - mehr noch - an welchen nicht. Uneinig in Fragen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Demokratie, der Bewertung geschichtlicher Epochen (Stalinismus), der Veränderungen in der Sowjet-Union, der Bedeutung der Emanzipation der Frauen, der Beurteilung von Um-



weltzerstörung und Kritik der Produktivkraftentwicklung streitet die DKP nicht über ihr Verhaltnis zur Sozialdemokratie. Das Präsidium der DKP sieht - weltpolitisch! - "die stärkere Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten"...."die gelegentlich schon bis an die Frage heranreicht, ob nicht gar eine 'Wiedervereinigung' von kommunistischer und sozialdemokratischer Strömung ins Blickfeld rücke." Und die Kommunistische Partei Italiens, Vorbild vieler "Erneuerer", feierte auf ihrem letzten Parteitag endlich, "mit Gorbatschow und Willi Brandt eine Sprache zu sprechen."

Letztlich erleben wir jedoch keinen hauptsächlich parteipolitischen sondern einen gesellschaftlichen Prozeß des Geländegewinns sozialdemokratischer Politik und Ideologie in den Reihen der Linken.

Die heutige Phase erinnert etwas an die große Integration von Apo-RebellInnen, die damals überwiegend innovativ für ein moderneres, weltoffeneres Gesicht des BRD-Imperialismus genutzt werden konnten. Sie unterscheidet sich wiederum von der damaligen Integration dadurch, daß jenen, die sich heute in den harmonischen Konsens der Demokraten aufnehmen lassen, keine Reformen angeboten werden. Sie werden integriert in einer Phase des Reformentzugs.
Im Ergebnis gelingt auch heute die Innovation für einen Kapitalismus, der einige Umwelttechniken in seinerExportpalette aufnimmt, dem Friedensfähigkeit attestiert wird, der einige Plätze für Frauen bereithält, der sich aber in einer "Deregulierungs"offensive flächendeckend Reformen zurückholt, die er einmal gewährt hatte oder gewähren mußte.

Eine andere Voraussetzung für das Treffen radikaler Linker ist die übereinstimmende Erkenntnis, daß wir uns angesichts einer "Revolutionierung" der Verhältnisse von oben, die tiefe Spuren hinterlassen wird, bei gleichzeitiger Anpassung als Haupttrend, den "Luxus" des Nebeneinanderherlaufens nicht länger leisten sondern mithelfen wollen, eine "linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung" zu entfalten.

Wir treffen uns eingestandenermaßen zunächst auf einer schmalen Basis. Denn wir können heute noch keine Einheit darüber erzielen, ob z.B. der Weg vieler Linker in die Grünen das jetzige Scheitern programmierte, ob der Weg in die Parlamente prinzipiell oder nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen eine Tendenz zur Anpassung bringt, ob das Verharren in kleinen Parteien, Gruppen und Redaktionen nicht konservative Schein-Sicherheiten stabilisiert, die sich im politischen und theoretischen Streit nicht messen mußten (z.B. linke Ignoranz gegenüber der ökologischen Dramatik), ob es nicht auch jahrelang ein "autonomes" Sektierertum gab, das Widerspruchspotentiale in der Gesellschaft leichtfertig übersah und bisweilen Militanz fetischisierte etc.

Wir sind - weiß Gott! - nicht ohne Mißtrauen untereinander, aber da keiner als großer Sieger und Garant für politischen Erfolg bei uns aufläuft, fällt es leichter voneinander zu lernen und gemeinsam zu intervenieren.

Einige Merkmale unserer Epoche sollen genauer angesprochen werden, weil sie aufzeigen, wo wir gemeinsam theoretisch weiterkommen sollten, und weil sich aus ihnen Handlungsnotwendigkeiten für linke Politik ableiten lassen.

Wir haben es nicht mit einem - von Modernisierern suggerierten - Ende der Klassen und Klassenkämpfe zu tun, sondern erleben eine Phase ständiger Umwälzungen, regionaler Verschiebung und Zersplitterung der Arbeiterklasse, die zu ihrer Schwächung beträgt, dazu wirkt das weltweit gelobte deutsche Schlichtungsmodell von Konflikten.

Der Kapitalismus akkumuliert seit Mitte der siebziger Jahre in einem größeren Ausmaß über rationalisierende und die Produktion automatisierende Techniken. Im Gegensatz zu einer überwiegend vom Konsum angeschobenen und beschäftigungswirksamen Wachstumsproduktion. Das hat in mehrerer Hinsicht weitreichende Folgen.

Die Art der modernen Arbeitsorganisation individualisiert Menschen an ihren Geräten und bürdet ihnen durch eine integrierte Steuerung eine hohe Verantwortung für die gesamte Kapitalmasse auf. Der Ausfall an einer Stelle gefährdet das Ganze. Dies fördert eine Entwicklung zum Einzelkämpfer - zum Teil relativ hoch bezahlt - und dieser Empfindlichkeit der Prozesse entspricht die Einführung von "kalten" Überwachungsmethoden: Risikobereiche wachsen, sind nur mit persönlichem Code zugänglich, jederzeitige Ansprechbarkeit über "Piper" oder mobile Telefone, Kameras und lückenlose Personal-Informationssysteme, mit der Gefahr einer schleichenden gesellschaftlichen Gewöhnung.

Die Übertragung von Wissen auf die Computersteuerung erleichtert die jederzeitige Auswechselbarkeit der Menschen in vielen Arbeitsbereichen. Die Ware Arbeitskraft gerät so doppelt unter Druck oder Preisverfall: Durch den anhaltenden Sockel von Arbeitslosen und durch die bessere Möglichkeit des Austausches.

Das Kapital nutzt die Schwächung für Flexibilisierungen bei den Arbeitszeiten zur besseren Ausnutzung der Maschinerie, bei der Gesamtdauer der Beschäftigung und der Rotation von ArbeiterInnen. Zwei Millionen registrierte Arbeitslose sagen noch nichts darüber aus, wieviele Menschen jährlich arbeitslos werden und zu schlechteren Bedingungen wieder eingesetzt werden.

Die Zersplitterung in reduzierte Stammbelegschaften, in GelegenheitsarbeiterInnen, in WanderarbeiterInnen im Zuge der Europäisierung und in eine wachsende Schicht Ausgegrenzter, die der Armut ausgesetzt werden (neben der Altersarmut bereits viele junge Menschen), schwächt die institutionalisierten Gewerkschaften, die schon hier die Beschneidung des Streikrechts ohne besonderen Widerstand hinnehmen mußten und die in England an der Schwelle ihres Zusammenbruchs stehen.

Genauso wurde aber eine beginnende Bewegung für die Umstellung der Produktion nach den Kriterien Gesundheit, umweltschonende Produkte und Produktionsverfahren, Ausschaltung der unbeherrschbaren technischen Risiken und "ökologische Regionen" geschwächt. In dem Maße wie die unmittelbare Existenz mehr in den Vordergrund tritt, droht auch der bewußtseinsmäßige Rückfall in den "Gegensatz" Arbeitsplätze oder Ökologie und Gesundheit.

Das Kapital wird die Klassenwidersprüche verschärfen bis zur Ausgrenzung eines wachsenden Teils aus einer einigermaßen gesicherten Versorgungsperspektive.
Es bleibt offen, welche Bewegungen mit welchen politischen Zielen daraus erwachsen. Vielleicht deuten die "Kreuzberger Krawalle" Widerstandsformen derer an, denen es um nackte Existenzmöglichkeiten gehen wird: Wohnen, Nahrungsmittel etc.
Es ist offen, ob Gewerkschaften zurückgeschraubt werden auf die Interessen der Stammbelegschaften, während GelegenheitsarbeiterInnen andere Formen der organisierten Interessenvertretung finden.
Selbst die reduzierten Gewerkschaften werden unterschiedliche Wege gehen. Die einen kündigen weitere Kämpfe für Arbeitszeitverkürzungen an (IG Metall) oder wehren sich gegen die ausgedehnten Arbeitszeit (HBV), erheben möglicherweise Ansprüche auf die Gestaltung der Arbeit (IG Medien), andere wie die IG Chemie stehen an der Seite "ihrer" Kapitalfraktion im Kampf gegen ausländische Konkurrenten um den Preis der Vergiftung und Ausdehnung von Arbeitszeiten.

Grundsätzlich bleibt offen, ob Ausgegrenzte und - weitgehend - Rechtlose überwiegend um ihre unmittelbaren Interessen kämpfen werden - sich insoweit links orientieren - oder in vermeintlicher Chancenlosigkeit von rechtsradikalen Parolen eingefangen werden. Wir hängen nicht der These an, daß Verelendungsprozesse "automatisch" linke Politik stärken. Wir erkennen den wachsenden offenen Rassismus gegen Emigranten und Flüchtlinge und eine soziale Ausgrenzung. Die absehbare Zuspitzung von Widersprüchen belegt nur, wie wichtig die Verstärkung einer linken Opposition wird, zumal eine Grüne Partei der Mittelschichten (Citoyen 2000) diesen Bewegungen hauptsächlich als ordnungspolitische Kraft entgegentreten wird, wie Berlin angekündigt hat.

Die Umwälzung der Verhältnisse von oben wird mit der europäischen Deregulierungsoffensive eine besondere Dimension erreichen, sollte sie - wie geplant - durchsetzbar sein.

Der englische Minister Lord Young prägte dafür die Kurzformel: "Die Thatcherisierung ganz Europas naht heran." Der moderne Veba-Chef Bennigsen-Foerder erläuterte die Absichten wirtschaftstheoretisch:
"Wir haben heute eine erhebliche Bewegungsfreiheit für Kapital..Die Geld-Kapital-Bewegung ist praktisch grenzenlos geworden..War ein hoher Staatsanteil in der Aufbauzeit noch durchaus sinnvoll, um nachfrageseitig das Wachstum abzustützen (Keynes), so erzwang die übermäßige Staatsverschuldung (Ansammlung von unproduktivem Kapital) eine Umkehr. War bei niedrigen Einkommen eine staatliche Zwangsvorsorge gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altersarmut voll und ganz gerechtfertigt, so ist das heute längst keine zwingende Staatsaufgabe mehr..."
Als konkrete Aufgaben der nächsten Zeit nannte Wirtschaftsminister Hausmann: "Senkung der Löhne in schwachen Gebieten, niedrige Einstiegslöhne für Arbeitslose, Senkung der Lohnnebenkosten (also Senkung der dadurch finanzierten Kosten für Arbeitslose, Gesundheit und Renten)".

Im übrigen kann zusammengefaßt werden, daß erklärtermaßen kein Stein auf dem anderen bleiben soll. Das trifft die Senkung der Subventionen mit dem Risiko der regionalen Verödung; die Aufhebung der eh unzureichenden Grenzwerte in der Chemie und bei Kohlekraftwerken; die Senkung der Sicherheitsstandards bei Atomanlagen (bzw. die Nutzung solcher billigeren Anlagen woanders in Europa); die Aushebelung des Arbeitsschutzes und der Sicherheitsstandards im Transportwesen; die Privatisierung staatlicher Infrastrukturen (Müllbeseitigung etc.) und vieles mehr.



Diese Maßnahmen sollen erzwungen werden über die Standortkonkurrenz, der flexibleren Produktionsverschiebung oder der Verschiebung von billigen Arbeitskräften, die europaweit zu "Heimatbedingungen" beschäftigt werden. Lotar Späth: "Wir müssen von der Illusion Abschied nehmen,..bei der Massenproduktion mit Billiglohnländern konkurrieren zu können. In einem grenzenlosen Binnenmarkt müssen die Unternehmen..ihre Produktion dort aufbauen, wo sie am billigsten ist."

Die Deregulierung wird der seit 40 Jahren größte Angriff auf historisch erkämpfte oder zwecks präventiver Befriedung zugestandener "Kompromisse" (Reformen) sein, um die Staatsgelder in den produktiven Wirtschaftssektor umzuleiten. Keynesianische Anwandlungen sind vorbei.
Mit der Deregulierung, die in der BRD noch die größten Reserven hat, deutet sich der allmähliche Abschied von einem insgesamt integrierenden Konsummodell in den Metropolen an. In Vorbereitung auf weltweit neue Verteilungs- und Verdrängungsschlachten muß die in die "3. Welt" ausgelagerte Verelendung ein Stück weit in die Metropolen zurückgeholt werden.

Es geht um die Stärkung des imperialistischen Machtblocks Europa, der den Block USA/Kanada beerben will, den fernöstlichen in Schach halten will, und der bei der ökonomischen Durchdringung des Ostens die Nase vorn haben will. Dem europäischen Kapital, das in der Monopolbildung rasend voranschreitet, ist in eine Epoche gekommen, in der ihm nunmehr die 1.000 Eigenarten und Verordnungen der einzelnen Nationalstaaten zu eng werden und zu kostspielig sind angesichts der großen Aufgaben.

Linke Politik wird versuchen müssen, eine antikapitalistische Position dagegen zu entwickeln, die die angegriffenen Bereiche integriert, um so die Notwendigkeit zu begründen, radikal mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus brechen zu müssen. Die Ansprechbarkeit dafür kann in dem Maße zunehmen wie der geplante Prozeß vor Augen führt, daß mit dem Kapitalismus strategisch nichts gehalten werden kann sondern er nur verschiedene Phasen durchläuft.

Wir werden es dabei mit einem neuen - vielleicht BRD-typischen - Eurochauvinismus zu tun bekommen, der hier ein volksgemeinschaftliches Haus schmieden soll und sich gegenüber der "3. Welt" und ihren Flüchtlingen abschotten wird, aber auch zweckdienlich gegen die Hauptkonkurrenten USA und Japan abgrenzen wird. Der zu erobernde "Russe" erhält eine Sondererlaubnis, solange er seine Geschäfte vornehmlich mit der BRD abwickelt, westliche Werte lobt und ankündigt, daß auch die Widervereinigung gedacht werden darf.

Die BRD wird sich den Eurochauvinismus am leichtesten erlauben können, weil sie die unangefochtene europäische Führungsmacht ist; die Schotten haben wenig Interesse daran. Die ökonomische Überlegenheit der BRD (eine Mischung aus höchster Produktivität und politischer Stabilität) zwingt die Konkurrenten zu Anpassungsmaßnahmen (siehe England) oder ihnen droht die Verdrängung. Sie macht die BRD auch zu einer gewissen Schaltstelle für die Ostgeschäfte. Die "FAZ" schrieb bündig: "Bonn rückt auf zum Führungspartner Washingtons und Moskaus."

Während sich die CDU/CSU mit den Nationalisten in den eigenen Reihen und der Rückgewinnung der Republikaner "herumplagt", setzt die SPD modern auf die Großmacht Europa. Es darf sogar aus vollem Herzen gegen die Amerikaner gehetzt werden. P. Glotz: "..nivellierende Massenkultur, die von den Majorcompanies in den Vereinigten Staaten konzipiert werden (zerstören) die europäische Identität." Helmut Schmidt: "Wir können in der Tat ohne die Amerikaner auskommen. Die Franzosen haben auch Kurzstreckenraketen.." Lafontaine: "Europas Interessen sind global..Europa soll daher zu jedem Zeitpunkt sowohl politisch als auch (militär)strategisch funktionsfähig sein."

Der alte,bekannte Nationalchauvinismus der Sozialdemokraten um den 1. Weltkrieg herum verbot sich lange Zeit, weil er durch die deutsche Geschichte zu sehr in Verruf gebracht worden war. Jetzt blüht er als Eurochauvinismus wieder auf. Die Grünen Realos ziehen bereits mit, andere haben noch Bauchschmerzen.

Ein weiteres prägendes Merkmal unserer Epoche, das grüne und linke Politik beeinflußt, ist die voraussichtliche Rückholung des durch Revolutionen oder Kriegsergebnisse abhanden gekommenen Ostens in die kapitalistische Welt. Die Jahrzehnte des kalten Krieges, die ökonomische und militärische Überlegenheit des Kapitalismus und seine Erpressungen haben, gepaart mit schweren politischen Legitimationskrisen und wirtschaftlichen Krisen im "realen Sozialismus" das einzuleiten vermocht, was mit kriegerischen Überfällen nicht zu erreichen war: Die zum Teil schon weit fortgeschrittene, zum Teil beginnende Reintegration in den kapitalistischen Weltmarkt und der Umbau nach den Gesetzen des Kapitalismus. Polen, Ungarn und Jugoslawien stehen bereits vor der politischen Übernahme. Bei den anderen setzt sich ein Prozeß der ökonomischen Durchdringung fort. Der Prozeß erinnert an die Politik des "Informal Empire" der USA Ende des 19.Jahrhunderts, mit der die formell souveränen Staaten Lateinamerikas von den USA ökonomisch durchzogen und angebunden wurden. "Ähnlich kann in den nächsten Jahrzehnten Osteuropa der Hinterhof Westeuropas werden." (Fülberth)

Ein System, daß sich "real-existierender Sozialismus" nennt, ist am Ende. Es bescherte den ArbeiterInnen nicht die Tendenz der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, sondern setzte sie den gleichen nerv- und geisttötenden Technologien aus, die im Kapitalismus den Menschen verstümmeln.

Durch größere Produktivität sollte der "real-existierende Sozialismus" seine Überlegenheit gegenüber kapitalistischer Wirtschaftsweise beweisen, nicht an einer anderen, kreativeren Art des Arbeitens, nicht an mehr Selbstbestimmung der Produzenten über das was und wie der Produktion. Und erst recht nicht an einem anderen Umgang mit der äußeren Natur des Menschen. Der gehorsame, im Rahmen einer Leistungsgesellschaft funktionierende, Arbeiter wurde so zum gemeinsamen Ideal von Kapitalismus und "Realsozialismus".

Der fehlende Stachel der permanenten Konkurrenz, der im Kapitalismus über Arbeitslosigkeit und Deklassierung vermittelt wird, milderte das Schicksal des real-sozialistischen Malochers (was jetzt aufgehoben werden soll, um eine Leistungssteigerung zu erzwingen); die Doktrien vom Staat des ganzen Volkes, der keine Klassenkämpfe mehr kennt und von der Staat gewordenen-Partei, die pausenlos die objektiven Interessen seiner Klasse "verwirklichte", bescherten ihm das Verbot der eigenständigen Organisation seiner subjektiven Interessen, sowohl in der Form unabhängiger Gewerkschaften mit Streikrecht, als auch in der Form von politischen Parteien oder unabhängigen Frauenorganisationen oder anderen Bewegungszusammenhängen. Der elementarste Klassenkampf um soziale Rechte war verboten und ein rationaler politischer Diskurs, der nur bei Meinungsfreiheit denkbar ist, wurde als Propaganda der äußeren Feinde verfolgt. Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse erschien den Herrschenden des"real-existierenden Sozialismus" als ein Hemmnis in der Systemkonkurrenz, das deshalb zu ignorieren war.

Es gibt keinen Grund, die alten Verhältnisse in der Sowjetunion zu beschönigen und dem "Durchhalten" in der DDR Respekt zu zollen. Die Möglichkeit, aktuelle Politik und Historie kontrovers zu diskutieren, wie es heute in der Sowjetunion nach Jahrzehnten des Verbots und der Strafverfolgung erlaubt ist, muß als Beginn der Befreiung aus dumpfer Zensur gesehen werden. Nebenbei zeigt sich jetzt auch an erkennbaren Erscheinungen rassischer und religiöser Borniertheiten, wie"ungeeignet" Zensur für die Bekämpfung rückschrittlichen Bewußtseins ist.

Wenn wir alte Verhältnisse nicht verteidigen, so wissen wir doch, daß der ökonomische Siegeszug des Kapitalismus, die ganze Welt wieder seinen Gesetzen zu unterwerfen, dort auch Opfer fordern wird, zuerst von denen, die den Anforderungen der schärferen Leistungsorientierung nicht gewachsen

sind, die Arbeitslosigkeit und drohender Verelendung ausgeliefert sind und die Preisfreigaben u.ä. wesentlich treffen wird, und das alles auch weiterhin ohne Streikrecht in der Sowjetunion.

Es wird auch Profiteure der Wirtschaftsreformen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion geben. Weniger Egalität hat halt Profiteure und Opfer. Wir wissen, daß Kapitaltransvers, Kredite ab einer relevanten Größenordnung und bewilligte Umschuldungsabkommen (Polen ist pleite; die UdSSR muß bereits Kredite aufnehmen, um Kredite tilgen zu können) an ökonomische und politische Bedingungen geknüpft sind. Als der polnische Ministerpräsident Frau Thatcher als sein Vorbild bezeichnete, weil sie vorgemacht habe, wie unrentable Wirtschaftszweige zu liquidieren seien, war das der notwendige Kotau eines Kredit- und Umschuldungsbettlers, es mag auch der ehrliche Wunsch eine Rolle gespielt haben, mit der polnischen Arbeiterbewegung so umzuspringen, wie Großbritannien es vorexerzierte. Wahrscheinlich beides!
Und Gorbatschows Lob für westliche Werte, für die Spitzenleute der Marktwirtschaft, die Friedensfähigkeit der CDU-Regierungspolitik, die Fähigkeit des Imperialismus, globale ökologische Krisen bewältigen zu können - all das ist, ob erzwungen oder freiwillig, eine ideologische Aufwertung des Kapitalismus. Es ist ein für die Herrschenden hierzulande besonders wertvolles Lob, denn es kommt vom Chef der einstmals am meisten bekämpften und dämonisierten Macht.
Wir können die Vorschläge der Sowjetunion zur Abrüstung unterstützen, gerade weil wir wissen, aus welcher Defensive sie erfolgen. In den Jubel um Gorbatschow können wir nicht einstimmen. Nicht mit Kohl, nicht mit Vogel, nicht mit DKP-"Erneuerern".



Zur politischen Lage in der BRD

Die staatsfeindliche oder auch nur systemkritische Linke ist in den letzten Jahren schwächer geworden. Kämpferische soziale Bewegungen wie die Anti-Atom- und Teile der Friedensbewegung sind stark geschrumpft und haben es deutlich schwerer, für ihre Ziele eine Massenmobilisierung zu erreichen. Die Zahl der Hausbesetzungen ist, der wachsenden Wohnungsnot zum Trotz, drastisch zurückgegangen. Wo gegenläufige, insbesondere militante Tendenzen sichtbar werden, wie z.B. in Kreuzberg oder um die Hamburger Hafenstraße, sind diese mehr als zuvor gesamtgesellschaftlich, aber auch von links-liberalen und staatslinken Spektren, isoliert.

Dies festzustellen heißt nicht, die vorhandenen und teilweise neuen Widerstandspotentiale (z.B. die Studentenstreiks) zu übersehen; aber die zu Protest oder gar Widerstand mobilisierbare "Szene" ist insgesamt geschrumpft. Viele Menschen haben ihre Gegnerschaft zu Staat und kapitalistischem System aufgegeben.

Es ist ein Sieg der staatstragenden Kräfte, erleichtert durch unsere Schwächen. Ein Sieg der auf drei Pfeilern basiert: Aus einer Mischung geglückter Maßnahmen der Integration, die bürgerliche Politik bis weit in die Linke hinein zu neuem Ansehen verhalf, Niederlagen, die der Opposition trotz größter Mobilisierungen beigebracht wurden und die Resignation erzeugen, und einer alles strukturierenden Repression (vollzogen oder angedroht) gegen entschlossenen Widerstand.

Zur Integration:
Die CDU, wo sie Geißlers Strategie gefolgt ist, offeriert moderne Aspekte, die nicht ohne integrative Wirkung geblieben sind. Frau Süßmuth hat der CDU das klerikal-reaktionäre Frauenbild ein wenig genommen und genießt Ansehen bis in die Linke, obwohl sie z.B. die Möglichkeit legaler Abtreibung erheblich beschnitten hat. Biedenkopf und sogar Späth gelten als ökologische Querdenker, weil sie einige Chancen auf dem nationalen Markt und dem Weltmarkt für Umwelttechnologien sehen, ansonsten die stoffliche Struktur der Produktion unangetastet lassen und die sozial Schwachen mit "Umweltopfern" aller Art belästen wollen. An Blühm werden Renten- und Gesundheitsreform weniger geschätzt, wohl aber sein vermeintliches Engagement für Menschenrechte und gegen Todesurteile in Chile, ungeachtet der Tatsachen, daß die BRD ökonomisch eine Hauptstütze der chilenischen Junta und u.a. Haupthandelspartner Südafrikas ist.

Wie tief auch die staatslinke Sehnsucht sitzt, zum Kreis der "guten Demokraten" zu gehören, sich am Gedrängel um die politische Mitte zu beteiligen, kann vielleicht am deutlichsten an der Unumstrittenheit des Bundespräsidenten

Weizäcker abgelesen werden. Da wird aus einem stinknormalen CDU-Politiker, der in Berlin regierte wie Barschel in Schleswig-Holstein oder Albrecht in Niedersachsen, der allerdings die bürgerlich-antifaschistische Pietät besser zelebriert als Jenninger, "unser aller" Repräsentant; nicht Repräsentant der gehaßten imperialistischen Großmacht BRD, sondern einer, der "uns" stolz sein läßt, weil er im Ausland deutsches Ansehen steigert. Der moderne Nationalismus braucht weder Sauerkraut noch Blasmusik.

Die Spielräume der CDU-Modernisierer werden durch die Erfolge der Republikaner enger werden. Trotzdem dürfen ihre ideologischen Erfolge zu Gunsten eines Konsenses für die bestehende Ordnung nicht übersehen werden.

Die SPD hat das parteipolitische Ziel, die Grünen als parlamentarische Kraft zu schwächen und schließlich auszulöschen, bisher verfehlt. Gelungen ist den Sozialdemokraten in der (Bundes)-Opposition hingegen eine enorme Verbesserung ihres Ansehen bis in die Linke hinein. Häufig gilt die SPD nicht mehr als Atom-Partei, sondern als Partei des besonnenen, etwas langsameren, vor allem aber konfliktfreien Ausstiegs. Die Politik sozialdemokratischer Landesregierungen z.B. in Schleswig-Holstein und NRW gibt für diese Hoffnung nichts her, die SPD Programm-Beschlüsse fast nichts: Ausstieg in 12 Jahren und auch dann nur im Konsens mit der Wirtschaft und allen anderen Parteien. Am Hanauer Plutonium hat die SPD das sonst nach ihrem Geschmack funktionierende Regierungsbündnis platzen lassen (was militärisch-atomare Ambitionen verrät). Faktisch ist es der SPD gelungen, ohne größere materielle Zugeständnisse einer ehemals sehr agilen sozialen Bewegung ihr gemeinsames Ziel "sofortige Stillegung aller Atomanlagen" zu rauben. Nunmehr ist umstritten, ob diese Forderung "realistisch", "machbar" oder "illusorisch" ist, was schwächend wirken mußte.

Auf dem Gebiet der Friedenspolitik hat die SPD das Terrain, das sie als "Nach"rüstungspartei unter Helmut Schmidt verloren hatte, recht weitgehend zurückerobert. Der sozialdemokratisch-staatliche Ansatz der Rüstungskontrolle hat an Popularität gewonnen gegenüber pazifistischen Positionen und Optionen auf eine bedingslos-einseitige Abrüstung. Die friedenspolitischen Hoffnungen, die die SPD auf sich ziehen kann, erlangt sie ohne das Versprechen auf relevante Verringerungen des Rüstungshaushalts. Nicht einmal ihre einstimmige Zustimmung zu den Zusatzprotokollen des Eliseé-Vertrages im Bundestag, also die Festlegung auf "atomare Abschreckung" als wichtige Komponente deutsch-französischer Militärpolitik hat der SPD nennenswerte Schwierigkeiten gebracht.

Es ist den Herrschenden auch in dieser Frage recht gut gelungen, europäische Aufrüstungspolitik als friedensstiftend, weil die US-Hegemonie überwindend, zu verkaufen. Das ist zum Teil eine späte Rache für einen zentralen Fehler von Teilen der Friedensbewegung, die Deutschen als Opfer amerikanischer Kriegspläne zu beschönigen, der jetzt von Sozial- (und Christ-) Demokraten für die europäische Aufrüstung ideologisch genutzt wird.

Welche schweren Stand gegenwärtig gewerkschaftliche und erst recht linksgewerkschaftliche Positionen in der Gesellschaft haben bzw. wie konkurrenzlos sich Sozialdemokraten heute auf diesem Gebiet fühlen, wird veranschaulicht durch Lafontaines demonstratives Eintreten für Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und für die Verlängerung der Maschinenlaufzeiten über vermehrte Nacht- und Wochenendarbeit. Das ist nicht nur ein Signal an die großen Kapitaleigner, für jede Weltmarktschlacht verläßlich zur Verfügung zu stehen, auch nicht nur ein Koalitionssignal an die FDP. Die Frechheit, mit der Lafontaine seine Angriffe auf Arbeitnehmerrechte vorgetragen hat, zeugt auch von Wissen, wie anfällig das "alternative" Mileu für Verzichtsforderungen ist, immer vorausgesetzt es trifft einen nicht selbst, und wieviele "Alternative" die "soziale Frage" ad Akta gelegt haben.

Die Grünen haben in einem langen Prozeß mehr und mehr rebellische, oppositionelle und antikapitalistische Momente verloren. Der Weg der Grünen ist wohl die bedeutendste Integrationsleistung dieses Staates. Sie war nur möglich vor dem Hintergrund relativer gesellschaftlicher Ruhe, schwächer werdenden sozialen Bewegungen, die sonst ein Gegengewicht zum Anpassungsdruck hätten sein können, der jeder Wahl- und Parlamentspartei ausgesetzt ist.

Die wichtigsten Repräsentanten der Grünen, mehrheitlich immer noch Leute, die eine linke, sozialistische oder kommunistische Phase in ihrem Leben hatten und die nun auf den Weg der materiell gut gepolsterten bürgerlichen Reputation zurückfinden, stehen heute für den sogenannten ökologischen Kapitalismus. Sie befürworten das staatliche Gewaltmonopol und die Nato-Einbindung der BRD. Diese Dinge sind programmatisch bei den Grünen noch umstritten, faktisch ist allerdings unumstritten, spätestens seit der Senatsbildung in Berlin, daß bei gegebener Möglichkeit Regierungspolitik in Unterordnung unter den Seniorpartner SPD gemacht werden muß. Daß dieser Weg in Berlin von einem als links geltenden Landesverband gegangen wurde -

-ohne nennenswerte Kontroverse - hebt viele Ambivalenzen der Grünen auf.

Die Frankfurter Regierungsgrünen unterschrieben: "Wir werden Frankfurt wieder als internationales Finanzzentrum und Handelsplatz fortentwickeln" und die Berliner Regierungsgrünen sehen die dort stationierten Truppen als Garanten der Demokratie und das staatliche Gewaltmonopol als Schutzinstrument für sozial Schwache und Minderheiten. Belange der Privatwirtschaft dürften nicht negativ tangiert werden.

Diese Elemente auf die Bundesrepublik "hochgerechnet", wird nicht länger auszuschließen sein, daß die Grünen auch auf der Bundesebene als regierungsfähig eingestuft werden, von den wirtschaftlich Mächtigen, der SPD, vielleicht sogar der FDP. Das scheint für 1991 unwahrscheinlich, ist aber nicht gänzlich ausgeschlossen. Je mehr die Grünen beweisen, daß sie auch in Fragen der inneren Sicherheit verläßlich sind, und bereit sind, ihre Möglichkeiten zur Dämonisierung und Isolierung sozialer und politischer Militanz in die Waagschale zu werfen (wie aus Anlaß des 1.Mai in Kreuzberg), desto eher kommen sie als Regierungspartner einer neuen Formation bürgerlicher Herrrschaft im Bund in Betracht. Trotz dieser Entwicklung binden die Grünen enorme Hoffnungen auf soziale und ökologische Zähmung des Kapitalismus im Rahmen rot-grüner Regierungspolitik.

Diese Hoffnung ist auch ein (falscher) Reflex auf erlittene Niederlagen und gescheiterte Hoffnungen. Vielen Menschen ist vor Augen geführt worden, daß trotz größter Anstrengungen und massenhafter Mobilisierung staatliche, wirtschaftliche und imperialistische Macht stärker war und ungebrochen ihre Projekte durchziehen konnte.

Trotz gewaltiger Demonstrationen - besonders gleich nach Tschernobyl - läuft das Atomprogramm ungebrochen weiter (der Verzicht auf Wackersdorf ist kein Ausstieg, sondern eine andere europäische Arbeitsteilung), zehntausende demonstrierten gegen die Frankfurter Startbahn-West, hunderttausende unterschrieben, und trotzdem wurde sie (u.a. wegen ihrer militärischen Bedeutung) gebaut. Das massive Engagement gegen die Volkszählung hat den Überwachungsstaat weniger behindert als vielfach erhofft.

Allen Erkenntnissen, Veranstaltungen und Protesten zum Trotz ist die chemische Industrie der Bundesrepublik weltführende Exportmacht und schreibt sich traumhafte Profite gut. Im wesentlichen wurde über ihre Verantwortung für gewaltige Umweltzerstörungen gelernt. Nach der erfolgreich durchgesetzten Schließung des Hamburgef Boehringer-Werkes beteiligten sich hier die Grünen Hessen-Realos unmittelbar an der Genesung (Modernisierung) der chemischen Industrie, indem sie den Mülltourismus in die DDR, nach Österreich oder Frankreich (die 3. Welt wurde noch ausgespart) als einzigen Ausweg aus einer angeblich ausweglosen Situation propagierten.

Auch dort, wo ArbeiterInnen außergewöhnlich entschlossen gegen Kapitalstrategien der Kaputtsanierung kämpften, zum Beispiel in der Stahlindustrie oder auf einigen norddeutschen Werften, konnte selbst die Besetzung einer Großwerft HDW die geplante Schließung nicht verhindern. Seitdem ist die innergewerkschaftliche Debatte um Betriebsbesetzungen als Kampfform ziemlich eingeschlafen.

Am Anfang der vielfältig zu beobachtenden Formen der Anpassung an bürgerliche Normen und kapitalistische Ideologie steht sehr häufig die politische Niederlage, das Gefühl, einem übermächtigen Gegner nicht gewachsen zu sein. Zwischen "Rebellion ist gerechtfertigt" und "Respekt vor Weizäcker" liegt hundertfach "Rebellion lohnt sich nicht". So erst entsteht die Selbstreduzierung zu WahlbürgerInnen, die ihre politischen Hoffnungen darauf reduzieren, dann wenigstens besser regiert zu werden und einige Wünsche mögen durch die rot-grüne Moderne in Erfüllung gehen. Und der bürgerliche Staat erweist sich als reich und klug genug, denen, die als Intellektuelle und politische FührerInnen die Rückkehr in seine Arme befördern, ein gediegenes Plätzchen zu bieten.
So ergänzen sich gesellschaftliche Bewußtseinsprozesse und die innere Grüne Dynamik. So erklärt sich, weshalb die Isolation der Linken in den Grünen keine Stimmenverluste gebracht haben. . Aber, diese Ursachen der Anpassung erstrecken sich nicht nur auf die grünen Spektren. Die Metropole BRD lebt so gut von "Überschüssen" aus aller Welt, daß sie kämpferischen GewerkschafterInnen in Betrieben Angebote machen kann, selbst Formen der Alternativwirtschaft haben ihren Platz, wenn sie sich im Markt behaupten können. Eine andere Folge von erlittenen Niederlagen ist die "Privatisierung", die auch ohne Karrieren in Anspruch genommen wird.

Wer sich diesem Anpassungs-Mechanismus verweigert, steht zunehmend härter in der Gefahr, Repression und Bestrafung ausgesetzt zu sein. Die zahlreichen 129 a Verfahren und Verurteilungen zeugen davon oder die große Zahl derer, die wegen Anti-Wackersdorf-Aktivitäten bestraft wurden. Teilweise werden ganze politische Szenen wie die Startbahn-West-Leute unter Dauerverfolgung gesetzt. Die Härte der Repression ist die andere Seite der Anpassungsmedaille. Es erscheint fast unvorstellbar, wie wenig Protest und Legitimationsverlust dieser Staat erleiden mußte, als Ingrid Strobel ohne jeden Beweis zu fünf Jahren Knast verurteilt wurde. Als wollten viele die



häßlichen Seiten dieses Staates nicht mehr wahrnehmen, weil der Anblick die Versöhnung stören könnte. Auch beim Hungerstreik der RAF-Gefangenen gegen die modernen Methoden der Isolationsfolter zeigte dieser Staat äußerste Härte und stellte die Gefangenen praktisch vor die Frage, zu verhungern oder die unterträglichen Zustände weiter zu erdulden. Selbst in dieser Situation haben Grüne und Liberale die Gefangenen aufgefordert, ihre politische Gesinnung abzuschwören statt alle Kraft und Engagement auf Hafterleichterungen nach allgemeinen Menschenrechtsnormen zu konzentrieren.

Die Orientierung auf rot-grünes Regieren und die Versöhnung mit dem Staat wird die Minorität, die diesen Weg nicht mitgeht, zunächst nicht nur relativ stärker als bisher isolieren, sondern auch ungeschützter der staatlichen Repression aussetzen. Diese unvermeidliche Tatsache zumindest abzumildern, setzt bei Autonomen und anderen kämpferisch entschlossenen Menschen ein größeres Maß an politischer Vermittlung von militanten Aktionen voraus, es genügt nicht, die erlittenen Repressionen selber zum tragenden Hebel der Politik zu machen.

Die zugleich einschüchternde und integrierende Wirkung von Repressionen geht aber nicht nur von Justiz und hochgerüsteter Polizei aus. Eine wesentliche Wirkung läuft viel stummer ab. Wieviel schwerwiegender ist es heute, gemessen an der Zeit vor zehn oder fünfzehn Jahren, seinen Schulabschluß nicht hinzubekommen, aus der Lehre zu fliegen, nach der Berufsausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen zu werden, wegen linkem oder gewerkschaftlichem Engagement entlassen zu werden. Die erheblich gewachsene Konkurrenz um die Plätze und eine materielle "Absicherung" üben einen permanenten Druck aus. Was in den siebziger Jahren unter jüngeren Menschen als Kavaliersdelikt galt und eher adelte - zum Beispiel wegen eines frechen Artikels in einer Schülerzeitung von der Schule zu fliegen - ist heute oft von schwerwiegender Tragweite, hinsichtlich der materiellen Existenz und eines kaum vorhandenen sozialen und politischen Netzes, das es einzelnen erleichtern könnte, etwas zu wagen.
Dies gilt erst recht für diejenigen, die der tyrannischen Leistungsanforderung dieser Gesellschaft nicht gewachsen sind oder nicht gewachsen sein wollen. Die soziale Bestrafung ist heute ungleich höher.

So ist es gerade die teuflische Mischung aus modernisierten Christ- und Sozialdemokraten, den erlittenen oder empfundenen Niederlagen und harten staatlichen Repressionen, die die Grünen nach rechts bewegt und zugleich rot-grün zum gegenwärtig größten Hoffnungsträger im fortschrittlichen Lager der Gesellschaft macht.

Die Modernisierer aller Parteien, besonders aber die rot-grünen, stehen für das Versprechen, den Kapitalismus etwas umweltverträglicher, sozial abgefederter, friedensfähiger und frauenfreundlicher zu gestalten. Das Versprechen ist irreal. Arbeitslosigkeit und soziale Deklassierung werden wachsen (siehe oben). Die ökologischen Krisen und Katastrophen werden zunehmen, auch hier, selbst wenn die Tendenz sich verstärken sollte, besonders zerstörende Produktionsverfahren und hochtoxische Abfälle in die "3. Welt" zu verschieben oder in den "real-sozialistischen" Osten. Hochrüstung und Kriegsgefahr werden andauern, Umrüstungen auf "handhabbarere", kriegsfähigere Waffensysteme werden die Rüstungsetats steigen lassen, um den"Frieden" nach imperialistischem Diktat zu erpressen, der Einsatz der Waffen wird dann akut, wenn es "notwendig" erscheint, die kapitalistischen Weltmarktgesetze militärisch abzusichern. Ein:mit einigen Frauenplätzen "reformiertes" Patriarchat wird an seinem Wesen nichts ändern.

Aber wem sagen wir das? Der wachsende Glaube - in Teilen der Linken - in die Innovationsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse speist sich schließlich nicht zuletzt aus der resignativen Auffassung, der Versuch ihrer Überwindung sei illusorisch. Rot-grün ist insofern ein seltsamer Hoffnungsträger, als an ihn in Wahrheit erstaunlich wenig Erwartungen gerichtet sind, viel weniger als manche Grüne selber versprechen. Rot-grün steht kaum für die Erwartung, daß alles oder vieles besser werden möge, viel mehr für die (trügerische) Hoffnung, alles möge erträglich bleiben. Es ist nicht einmal ausgemacht, ob die frühen Jahre der sozialliberalen Koalition unter Willi Brandt nicht mehr Hoffnung auf positive Veränderung an sich fesselte als heute die Vision einer rot-grünen Bundesregierung. Es werden nicht wenige sein, bei denen die Ansprüche an rot-grüne Regierungen gen Null tendieren, weil es ihnen reicht, die Rechten zu verhindern. Die rechtsradikalen Wahlerfolge werden diese Neigung fördern.

Natürlich wird kurz vor Wahlen, die arithmetisch spannend zu werden versprechen - und das scheint für die nächste Bundestagswahl zutreffen zu können -, möglicherweise eine große Hoffnung auf rot-grüne Mehrheiten anzutreffen sein, und wer dies als Linker nicht teilt, wird sich in einer unbequemen Stellung befinden. Auch Wahlergebnisse können Jubel und Druck auslösen, wie wir in Berlin gesehen haben. Aber das was als rot-grüne Euphorie oder "Besoffenheit" beschrieben wird, weicht dann Alltags einer mindestens so schrecklichen rot-grünen Nüchternheit; dem Räsonieren darüber, daß mensch sich schließlich nicht zu viel versprechen dürfe.

Diese geringen Erwartungen werden manchem Grünen günstig erscheinen und er befördert sie deshalb, denn ein gesellschaftlicher Druck in Richtung konkreter und durchgreifender Veränderungen - beispielsweise nach dem Abschalten von Atomanlagen - wird aus der Optik der Koalitionsgefährdung zur Bedrohung. Der reduzierte gesellschaftliche Druck und die gemäßigten Hoffnungen auf Veränderungen machen rot-grün jedoch im zweiten Zug ersetzbar durch sozial-liberal, mit noch weniger Euphorie aber immerhin mit der Genugtuung, die Schwarzen abserviert zu haben. Wahlerfolge der Grünen sind so nicht zwingend. Es ist nach wie vor offen, ob die Grünen für ihre Teilnahme an der Zähmung und Mäßigung gesellschaftlichen Protests die Quittung erhalten: Für die Abservierung der Schwarzen reicht das sozialdemokratische Original oder in Verbindung mit der FDP.

In jedem Fall läßt die Entwicklung der Grünen links ein Vacuum entstehen, ein größeres Feld für antikapitalistische, radikalökologische und feministische Politik. Unausweichliche Enttäuschungen über rot-grüne Regierungspolitik, die eventuell mit den beschriebenen sich vertiefenden Widersprüchen zusammenfallen, werden den Kräften, die in diesem Feld agieren, keinen gewaltigen, aber auch keinen allzusehr isolierten massenpolitischen Ansatz ermöglichen. In diesem Spektrum ordnen wir uns ein. Und dann rollen wir das ganze Feld von hinten auf! (schon wieder?)

Um Gerüchten entgegenzutreten weisen wir noch einmal darauf hin, daß wir einen Beitrag leisten wollen zur Verbesserung linksradikaler Diskussion und Intervention, aber nicht irgendeine Parteigründung im Schilde führen. Wir wollen niemanden aus seinem Arbeitsfeld, seiner Organisation oder Partei abziehen, der das nicht will. Wir sehen uns als ein zusätzliches Angebot, nicht als Einebnung.

- In verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften wird eine linksradikale Diskussion gegen den Trend der Anpassung zur Zeit forciert, daran beteiligen wir uns.
- Wir wollen gemeinsam Veranstaltungen durchführen, um zentrale Fragen linker Analyse und Theorie öffentlich zu thematisieren (Einladungen erwünscht!).
- Wir wollen erproben, ob örtliche oder regionale Zusammenhänge politisch lebensfähig sind, die den Ansatz unserer Bestrebungen teilen.
- Wir wollen mit einzelnen gemeinsamen Stellungnahmen in Tagespolitik intervenieren und auch zu relevanten Ereignissen gemeinsam mobilisieren, weil wir wissen, daß theoretische Erörterung ohne interventionistische Praxis hohl bleiben muß.

Wir planen für das nächste Jahr einen Kongreß der "Radikalen Linken", auf dem einige der uns am wichtigsten scheinenden Fragen behandelt werden sollen.
Gruppen und Personen, die dieser Kongreß interessiert und die ihn mitgestalten wollen, sollen sich melden.

Die Themen für den Kongreß sollen am Wochenende diskutiert werden!

Anmerkung: Es fehlt ein Teil zu Rechtsradikalismus/Rassismus/Antifaschismus, den wir am Wochenende nachliefern wollen. Es fehlt noch einiges mehr, aber die Arbeit daran hat sich soweit nach hinten verschoben, daß jetzt der Zwang größer ist, das Papier abzuschicken.

WAS IST LOS AM HAHN-MEITNER-INSTITUT!?

Am 19.6.89 fand eine Abgeordetenhaussitzung zum Reaktor am Hahn-Meitner-Institut (HMI) statt. Diese Sitzung wurde ausnahmsweise vom Rathaus direkt ins HMI verlegt. Erfreulicherweise kamen zu diesem Termin, der mit einer leider sehr kurzen Führung der Neutronenforschungsstätte verbunden war, viele kritische BesucherInnen. Diese Anteilnahme an diesem Thema ist ja in Berlin leider keine Selbstverstämdlichkeit mehr.

Die Anhörung begann mit dem Vorwurf, daß die Umweltsenatorin Schreyer (AL) aus ideologischen Gründen die Sicherheitsprüfung hinauszögern würdenund damit den Reaktor und die Neutronenforschung torpedieren würde. Dieser Vorwurf richtete sich natürlich nur formal gegen die Senatorin, gemeint war damit die gesamte AL. Frau Schreyer wies dann in ihren Ausführungen darauf hin, daß das HMI selbst für die Verzögerungen verantwortlich ist, da die Senatsverwaltung seit sie sich mit den Sicherheitsprüfungen beschäftigt laufend Änderungsanträge bearbeiten muß. die vom HMI nachgereicht wurden. Die Umweltsenatorin berief sich darauf, daß sie den Eindruck hätte, für das HMI wären der Faktor Wirtschaftlichkeit und Fortschritt in der Forschung wichtiger als der Faktor Sicherheit für die Berliner Bevölkerung. Schon allein aus diesem Eindruck heraus müßte die Sicherheitsprüfung besonders sorgfältig nach Recht und Gesetz vorgenommen werden.

Nach diesen ersten Wortgefechten wurden von H. Berger und H. Schramm im Wege von Anfragen folgende Bedenken gegen den Reaktor gäußert.

1. Der Reaktor und die kalte Neotronenquelle weisen nach wie vor technische Mängel auß. Die HMI-Broschüre(bei uns erhältlich) beschreibt diese Mängel sehr genau. Hier würde die genaue Ausführung zu weit führen.
   Es geht bei den Kritikpunkten um
   den fehlenden Kühlkreislauf, Kranaufhängung und transport, wie ist der Kran konstruiert, Hinweis auf den Kranunfall im AKW Krümmel, Haarrisse im Wasserbecken, Explosionsgefahr durch die Nähe der kalten Quelle am Reaktor.
2. Wie steht's mit der Flugsicherheit, das Dach des Reaktors ist nur gegen Schneelasten gesichert. Militärflugzeuge und Hubschrauber überfliegen aber immer wieder das Gelände des HMI. Es wurde wohl nie mit den Alliierten verhandelt und auch die Häufigkeit und Tiefe dieser Flüge nie systematisch beobachtet.
3. Die Entsorgung des radioaktiven Mülls ist auch hier nicht gesichert, wie sollte es auch anders sein. Auch das Zwischenlager am HMI ist unzureichend geschützt, Der Müll liegt nach wie vor unter freiem Himmel und die Fässer rosten lustig vor sich hin.
4. Es fehlen Untersuchungen über die Menge der freiwerdenden Radioaktivität im Normalbetrieb, sowie ein Szenario eines angenommenen GAU's und damit auch fehlende geplante Maßnahmen, um die Bevölkerung zu schützen.

Nach diesen Anfragen und Kritikpunkten der VetreterInnen der AL, hatte Hr. Stiller vom Hmi die Möglichkeit auf all diese Punkte einzugehen.
Als Resumee dieser Ausführung kann man eigentlich nur den blanken Zynismus in den Antworten sehen.
Hr. Stiller hielt uns erstmal ein Referat über die Forschung am HMI und den Sinn der Neutronenforschung. Auf die kritischen Punkte ging er inhaltlich überhaupt nicht ein, dazu mußter er dann von der Sitzungsleiterin besonders gebeten werden. Über die Forschung selber kann Euch die HMI-Broschüre auch dezidiert Auskunft geben.
Zynische Ausführung Nr.1: Die Neotronenforschung bräuchte das HMI vor allem für die doch von allen ökologisch bewußten Menschen geforderte Solarforschung.
Dieses Argument wurde einige Tage später von der Solarforschern selber entkräftet.
Die Forscher beschwerten sich in der taz, daß das HMI utopische Geldbeträge, die ihrem Forschungsbereich zu Verfügung stünden aus Prstigegründen angegeben hätte.
Das Geld kommt der Solarforschung nur ganz am Rande zu Gute. Auch der angegebene Personalschlüssel sei unrichtig. Sie wehrten sich auch dagegen, daß sie den Reaktor und die kalte Quelle für ihre Forschung bräuchten. Die Forschungsergebnisse, die für sie interessant seien, hätten sie bereits aus anderen Großforschungsanlagen.
Bei sämtlichen Anfragen zur Sicherheit, kam quasi die schon gewohnte Antwort:
Eine Gefahr für die Bevölkerung besteht nicht. Flugzeuge und Hubschrauber stürzen nicht ab und wenn dann ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß sie auf das Dach des Reaktors fallen.
Die Risse im Wasserbecken sind unproblematisch, weil sooo klein und zu dem Gauszenario wurden uns lediglich Berechnungen angeboten, die sich auf ganz Europa beziehen. Also in der Weise, daß mit 600 Krebstoten mehr zu rechnen sei in Europa , was das dann für uns am Ort heißt:ist nebensächlich. So kann man Gefahren auch immer weiter runterrechnen.
Dieser Zynismus macht sich auch in der verantwortungslosen Methode sichtbar, die das HMI 1986 (Tschernobyljahr) angewendet hat, um ihr verseuchtes Wasser loszu werden. Sie haben das verstrahlte Wasser so weit verdünnt, daß die Strahlung unter den Grenzwerten lag und dann ab in die Kanalisation.
Bei den ganzen letzten Katastrophenmeldungen der letzten Zeit, bei denen es oft um Unfälle ging, die auch eigentlich nicht passieren dürften, kann man über diese Ignoranz der Verantwortlichen am HMI nur noch wütend werden.

Was ist nun von uns zu tun?

I. Die Entscheidung über die Genehmigung des BER II scheint noch offen. Die Umweltsenatorin hat gute Argumente um diesen Reaktor nicht zu genehmigen. Es sieht aber so aus, daß die Berliner SPD von Bonn aus auf Linie gebracht wird.

II. Wir müssen dem Druck aus Bonn einen Druck von unten entgegensetzen. Wir fordern das entgültige Aus für den Reaktor und die kalte Quelle. Wir wollen eine Forschung, die sozialverträglich ist und uns und der Natur nützt.
Die HMI-Gelder aus Bonn und Berlin sollen für die Erforschung von Energieeinsparmöglichkeit und alternativen Energieträger verwandt werden.

III. Wir haben jetzt die Chance, das einzige AKW in Berlin dauerhaft zu verhindern. Das ist es wert all unsere Kräfte zu mobilisieren.

ES GIBT VIEL ZU PACKEN, TUN WIR'S IHNEN AN!

Griechische Justiz: Ein spektakulärer Fall von Sexismus

Die Hure soll büssen

aus: WOZ
Postfach
CH-8059 Zürich

Mit dem Wahlkampf in Griechenland kam auch die griechische Frau in die Schlagzeilen: als treue Gattin, die die Seitensprünge ihres Mannes duldet (die Frau des Vorsitzenden der Konservativen). Oder als Mätresse, die den Mann – in diesem Fall den Ministerpräsidenten – um die Sinne bringt. Sonst haben die griechischen Frauen in der politischen Landschaft nicht viel zu sagen. Auf den KandidatInnen-Listen waren sie mit 5,2 Prozent bei den Sozialisten, mit 5,6 Prozent bei den Konservativen und mit 20 Prozent bei den Linken vertreten. Wagt es eine Frau, die ihr zugeordnete Rolle zu sprengen, wird sie mitunter vernichtet: Was der Justiz-Fall Kolitsopoulou zeigte – bevor er in Vergessenheit geriet.

Von Georg Schwarz, Athen

Am Abend des 6. November 1982 schnitt ein Unbekannter dem 28jährigen Polizisten *Christos Kolitsopoulou* in seiner Wohnung im Athener Stadtteil Pangrati die Kehle durch. Kolitsopoulous Frau Katia war gerade dabei, im Milchladen um die Ecke Milch einzukaufen. Einziger Zeuge der Tat war der dreijährige Sohn der Familie.

20 Tage lang tappte die Polizei in diesem mysteriösen Mordfall im dunkeln. Dann führten angeblich Fingerabdrücke am von Dutzenden von Leuten benutzten Lift des Hochhauses zur Verhaftung des 23jährigen Elektrikers *Yiannis Sgouridis*. Er bekannte sich zum Mord. Im Laufe der Untersuchung gab er zu, mit Katia, der Frau des Polizisten, ein Verhältnis zu haben. Er sagte weiter aus, Kolitsopoulou habe seine Frau wiederholt misshandelt und ihr die Scheidung verweigert. Deshalb hätten sie den Mord gemeinsam geplant. Sie habe ihm die Wohnungsschlüssel gegeben, und er habe den Polizisten mit seinem Arbeitsmesser getötet.

Katia Kolitsopoulou wurde verhaftet und wartete im Athener Korydallos-Gefängnis 16 Monate lang auf den Prozess. Weil es in Griechenland an Gerichtssälen mangelt, kann die Untersuchungshaft bei schweren Delikten auf 18 Monate erweitert werden; werden einem Häftling mehrere Delikte vorgeworfen, auf die doppelte Zeit. Katia Kolitsopoulou stellte den Antrag, ihr Kind sehen zu dürfen. Dies wurde ihr verweigert, obwohl kein Gesetz solches verbietet.

Der erste Prozess

Im Frühling 1984 begann der erste Prozess. Er fand im ebenso malerischen wie unpraktischen Gerichtssaal von «Santarosa» im Zentrum Athens statt, welcher früher einmal als Pferdestall des Königshauses gedient hatte. In dem engen und niedrigen Raum wurden mehr als 2000 empörte BürgerInnen zusammengepfercht, die schon vor Prozessbeginn die Todesstrafe für das *«satanische Liebespaar»* gefordert hatten, und die Angeklagten während des Prozesses mitunter auch tätlich angriffen. Ihre Wut richtete sich dabei hauptsächlich gegen Katia Kolitsopoulou, in Sprechchören schrien sie im Gerichtssaal: *«Hure, Hure»*.

Denn eine Hure musste sie ja sein, hatte sie die Beziehung zu Sgouridis doch zugegeben und damit die Rolle der treuen Ehefrau verletzt. Dass sie von ihrem Ehemann oft und schwer misshandelt worden war, zählte nicht. Schläge zu erdulden war schliesslich ihre Aufgabe, und dass sie nur noch des Kindes wegen mit dem Mann zusammenlebte, kaufte ihr keiner ab. Katia Kolitsopoulou beteuerte immer wieder, von den Mordplänen Sgouridis nichts gewusst zu haben, geschweige denn einen Mord selber geplant zu haben, doch die Aussage Sgouridis wog schwerer. Obwohl diese Widersprüche aufwies: Er behauptete, er habe das Opfer mit seinem Messer, das er zum Arbeiten brauchte, erstochen, und es sei nicht grösser als ein Taschenmesser. Der Gerichtsmediziner stellte jedoch fest, das Tatmesser sei um einiges grösser gewesen, habe es doch von der Vorder- bis zur Hinterseite des Halses des Opfers gereicht. Sgouridis gab zudem an, er habe die Wohnungsschlüssel von Katia Kolitsopoulou bekommen, konnte sie jedoch nie vorweisen. Solche «Details» beeinflussten die aufgebrachte Öffentlichkeit jedoch nicht.

Moralische Urheberin

Am 7. März 1984 verurteilte das Gericht Sgouridis wegen Mordes und Katia Kolitsopoulou wegen moralischer Urheberschaft zu lebenslänglicher Haftstrafe. Nach griechischem Recht wird moralische Urheberschaft genauso streng bestraft wie die Tat selber. Beweise über die Teilnahme Kolitsopoulous am Mord konnten allerdings nicht beigebracht werden. Das Urteil basiere auf *«einer Reihe von Syllogismen»*, meinte die Anwältin *Jianna Athanassatou*, und diese stimmten im Fall Kolitsopoulou mit der Logik der empörten BürgerInnen überein. «Syllogismus» ist ein griechisches Wort und bedeutet: aus mehreren Prämissen einen logischen Schluss ziehen. Da das Gericht davon ausging, die Polizistenfrau habe den Mord geplant, folgerte es: Alibihalber habe sie den dreijährigen Sohn bei dem ermordeten Vater zurückgelassen und sei so also auch eine Mörderin an der Seele ihres Kindes – und folglich dürfe sie das Kind nicht mehr sehen. Obwohl Katia Kolitsopoulous Umgebung ausgesagt hatte, sie habe ihr Kind geradezu abgöttisch geliebt. Dann sei sie eben schizophren, hiess es.

Ihr zweiter Antrag, ihren Sohn sehen zu dürfen, wurde im Juni 1985 zurückgewiesen. Aus Protest trat sie in einen Hungerstreik. Die Zeitung «Elfeteros Typos» schrieb: *«Diese Frau, die Sgouridis mit ihrem weiblichen Charme umgarnt und ihn angestiftet hat, ihren gutmütigen Ehemann umzubringen, hat jetzt die Frechheit, im Gefängnis über ihre Rechte als Mutter zu sprechen.»*

Der zweite Prozess

Am 6. März 1986 begann vor dem Athener Appellationsgericht der zweite Prozess. Der Saal war wiederum überfüllt mit BelastungszeugInnen, Berufskollegen des Opfers und GafferInnen, die nach Lynchjustiz schrieen: *«Du kommst aus diesem Saal heute nicht lebendig heraus»*, riefen sie Katia Kolitsopoulou zu.

Der Täter selber wurde mit Nachsicht bedacht. Es ist für die Mittelmeerländer charakteristisch, dass den «Fehltritten» der Männer mit Verständnis begegnet wird und sie auch schnell entschuldigt werden. GattInnen-Morde werden in Griechenland in der Regel mit 9 bis 13 Jahren Freiheitsentzug bestraft, und immer noch herrscht in der Gesellschaft die Meinung vor, Frauen hätten die Männer schliesslich in irgendeiner Weise zu der Tat herausgefordert. Im Fall von Katia Kolitsopoulou war man sich vier Jahre nach dem Polizistenmord einig: Katia ist blond, hübsch und intelligent – ergo hat sie alles, um einen Mann um den Verstand zu bringen.

«Ich bringe immer meine 12jährige Tochter zum Prozess mit – aus Erziehungsgründen. Sie muss erfahren, in welches Unglück eine Frau einen Mann stürzen kann», sagte eine «einfache» Prozess-Beobachterin gegenüber der Presse. Die linke Zeitschrift «Liastis» fasste die Reaktionen des Publikums zusammen: *«Auf einmal haben die Leute den Täter vergessen, und alle sprechen nur noch von der diabolischen Frau und ihren zwei Opfern: dem toten Ehemann und dem willenlosen Liebhaber, der einer männlichen, also menschlichen Leidenschaft verfiel. Nur eine Frau kann so viel Hass und eine solche angestaute Aggressivität heraufbeschwören.»*

Geschlagen und verschrieen

Zwei Wochen lang wurde Katia Kolitsopoulou im Gerichtssaal als Hure, als Hexe und als Mörderin verschrieen, an den Haaren gerissen, geohrfeigt, gestossen und geschlagen. Die Sängerin *Eleni Vitali*, die in dieser Zeit mit ihr die Zelle im Korydallos-Gefängnis teilte: *«Ich habe sie beim Baden einmal nackt gesehen. Ihr ganzer Körper war voll mit blauen Flecken, Eiter lief aus offenen Wunden.»*

Während ihrer Untersuchungshaft bei der Sicherheitspolizei lebte sie in ständiger Angst. Wie ihre Eltern sagen, wurde sie von Polizisten mit Mehrfach-Vergewaltigungen bedroht. Während den Fahrten zum Gerichtssaal sei sie von Polizisten, die den Mord am Kollegen auch als Angriff auf die Macht der Staatsorgane sahen, geschlagen worden. Als sie einmal nach Wasser fragte, wurde ihr das Glas aus der Hand geschlagen: *«Die Hure verdient kein Wasser»*, sagte der Aufseher.

Katia Kolitsopoulou hat während dem zweiwöchigen Prozess praktisch pausenlos geweint, ist zwischendurch in Ohnmacht gefallen, hat gezittert, so dass sie dem Prozess kaum folgen konnte. Der vom Richter beigezogene Psychiater *Vassilis Thontas* meinte: *«Sie verlangt nach Sicherheit, sie wird terrorisiert. Sie glaubt, dass sie wieder geschlagen wird, dass ihr Leben gefährdet ist.»* Die Angeklagte wurde mit Beruhigungspillen vollgestopft, damit sie die Aussagen der BelastungszeugInnen ruhig anhören konnte. Diese – neben den Eltern die einzigen ZeugInnen überhaupt und meist Verwandte des Opfers – konnten vor Appellationsgericht keine Beweise für die moralische Urheberschaft der Angeklagten beibringen. Umso eingehender wurde ihr Äusseres (blond und hübsch), ihr Charakter (intelligent) und ihre Moral (eine Frau mit ausserehelichen Beziehungen ist ein Hure) bewertet. Am «Tag der Frau» 1986, als alle Zeitungen Lobgesänge auf die Frauen brachten, standen in der Presse zum Fall Kolitsopoulou Titel mit solchen Begriffen: *«Hyäne, blonde Tigerin von Athen, Hure, satanische Frau»*. Die Studentin *Ismini Papakosta* sagte dagegen: *«Ich war erschüttert über die Missachtung der menschlichen Würde im Gerichtssaal. Nicht die Beteiligung der Angeklagten am Mord wurde beurteilt, sondern ihre Moral.»*

Krawall im Gerichtssaal

Am 20. März 1986 stürmten Frauen- und anarchistische Gruppen den Gerichtssaal. Sie skandierten: *«Hab' Courage, du bist nicht allein.»* Die StürmerInnen und die VerfechterInnen der Lynchjustiz gingen im Gerichtssaal aufeinander los, die Richter mussten den Prozess vertagen. Der Vater von Katia Kolitsopoulou sagt heute: *«Leute, die wir gewöhnlich als Anarchisten verdammen, haben meine Tochter gerettet. Die Polizisten und die Moralisten wagten es plötzlich nicht mehr, Katia zu misshandeln.»*

Der Justizminister ordnete eine Untersuchung für die *«in der griechischen juristischen Chronik einmaligen Ereignisse»* an. Die Untersuchung ergab, dass sich 50 Personen, mehrheitlich Polizisten, der Körperverletzung an Katia schuldig gemacht hatten. Am 24. November 1986 wurde der Prozess im geschlossenen Raum des Korydallos-Gefängnisses wieder aufgenommen. Das Urteil des Appellationsgerichtes, am 2. Dezember 1986 gefällt, stützte sich erneut auf Syllogismen und auf die Aussage Sgouridis: lebenslängliche Haft für beide Verurteilten.

Mildernde Umstände, die im Normalfall berücksichtigt werden, wurden in diesem Fall ins Gegenteil verkehrt: Der gute Leumund der Angeklagten fiel nicht ins Gewicht, weil sie trotz ihrer längst kaputten Ehe eine Beziehung zu Sgouridis unterhalten hatte. Da sie bis zuletzt auf ihrer Unschuld beharrte, sei erwiesen, dass sie keine Reue zeige. Der Hungerstreik, den sie im Gefängnis unternommen hatte, um ihr Kind zu sehen, wurde als fehlende «gute Führung» in der Strafanstalt interpretiert. Hingegen wurden alle 50 Personen, die der Körperverletzung an der Angeklagten beschuldigt worden waren, freigesprochen. Im Dezember 1988 hat man Katia Kolitsopoulou zudem enteignet: Die Familie des Ermordeten hatte für ihre *«aufgrund des Mordes verursachten psychischen und moralischen Schäden»* einen Schadenersatz in der Höhe von 11 Millionen Drachmen (ca. 110 000 Franken) gefordert. Etwa soviel, wie Katia Kolitsopoulou besass: eine kleine Wohnung und ein Stück Land.

Die «Frauen-Strafe»

Katia Kolitsopoulou verbüsst nun eine dreifache Strafe: erstens die lebenslange Haft, zweitens das lebenslängliche Verbot, ihr Kind zu sehen, und drittens ein auf Lebzeiten gültiges Verbot für Aufnahmeprüfungen an griechischen Hochschulen (sie hatte einmal den Wunsch geäussert, ein Hochschulstudium zu absolvieren).

Katia Kolitsopoulou sitzt heute im Athener Korydallos-Gefängnis, wo sie sich wahrscheinlich sicherer fühlt als ausserhalb der Knastmauern. Wenn sie von Ängsten geplagt werde, versuche sie sich das Leben zu nehmen, bis jetzt etwa fünfmal, sagt ihre Mutter. Sonst träume sie davon, einmal vor ein Gericht zu kommen, dem Beweise wichtiger seien als Syllogismen – und hoffe, von der Aussenwelt nicht ganz vergessen zu werden. Ausser ihren Eltern und die AnwältInnen darf sie niemand besuchen.



Wo steht Nicaragua ?



Der folgende Text führt etwas genauer aus, was das Informationsbüro Nicaragua e.V. auf dem letzten Mittelamerika-Bundestreffen im Februar 1987 vertreten hat. Wie der Titel dieses Beitrages schon zeigt, ging (und geht) es um die Situation, Politik und Interventionsfähigkeit der Nicaragua-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik. Es ging uns nicht um die Frage, ob die Sandinisten heute noch unterstützungswürdig sind — dennoch wurde uns in Verkehrung unseres Statements wiederholt vorgeworfen, wir würden genau diese Frage negativ beantworten.

Um die Lage der Solidaritätsbewegung und unsere Situation als Informationsbüro Nicaragua zu diskutieren, möchten wir drei Fragen aufwerfen:

1. **Wie hat sich der Charakter des Konflikts zwischen der nicaraguanischen Revolution und dem Imperialismus verändert, und steht die nicaraguanische Revolution heute in ähnlicher Weise im Zentrum der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus wie vor 10 Jahren? Welche Grenzen der nationalen Befreiung sind sichtbar geworden?**
2. **Wie bestimmen (auch in Bezug auf die erste Frage) die verschiedenen Gruppen innerhalb der Solidaritätsbewegung ihr Verhältnis zur FSLN, und welche Bedeutung hat die Frage nach dem Verhältnis zur Frente für die antiimperialistische Politik hier in der BRD?**
3. **Was ist der „Stand" der Solidaritätsbewegung, was hat dies mit unseren Problemen als Koordinationsstelle zu tun, wie verhalten wir als Informationsbüro Nicaragua uns zu diesen Problemen?**

Wie ihr seht, sind die drei Frage-Ebenen eng miteinander verflochten und zudem sehr grundsätzlicher Art. Wir maßen uns deshalb keine definitorischen Antworten an, wohl aber wollen wir möglichst klar Stellung beziehen, damit die Diskussion endlich auch in der Bewegungsöffentlichkeit geführt wird, und nicht ausschließlich auf der Ebene jedes einzelnen Komitees verbleibt.

Zunächst etwas Grundsätzliches vorweg: Wenn wir hier über die nicaraguanische Revolution reden, dann tun wir das nicht in dem Sinne, daß wir uns ungefragt mit guten Ratschlägen für eine „richtige" revolutionäre Strategie einmischen. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß eine Revolution, die den Namen verdient, sich über das Lernen aus den eigenen Fehlern entwickelt, daß gerade dies die „Mühen der Ebene" ausmacht. Dennoch ist es **für uns** sehr wichtig, diesen Prozeß auch kritisch zu untersuchen, denn nur Gruppen, die die Begrenztheit von nationalen Befreiungsprozessen und deren Gründe erkennen, können letztlich auf einer realen Grundlage stabile Solidarität üben — eine Solidarität, die darauf gebaut ist, daß wir die von hier ausgehenden Unrechtsstrukturen adäquat analysieren und bekämpfen.

Nun aber zu unserer Position zur ersten Frage, dem Verhältnis zwischen nicaraguanischer Revolution und Imperialismus heute.

1) Die nicaraguanische Revolution hat dem Angriff des Imperialismus **insoweit** standgehalten, als daß die militärische Konterrevolution geschlagen wurde, die nationale Souveränität (im formellen Sinn dieses Begriffs) erhalten blieb, und die Sandinisten weiterhin an der Macht sind. Erreicht wurde dies durch (a) die enorme Kampfbereitschaft und Opferbereitschaft des Volkes und (b) durch die berühmte Flexibilität der sandinistischen Führung.

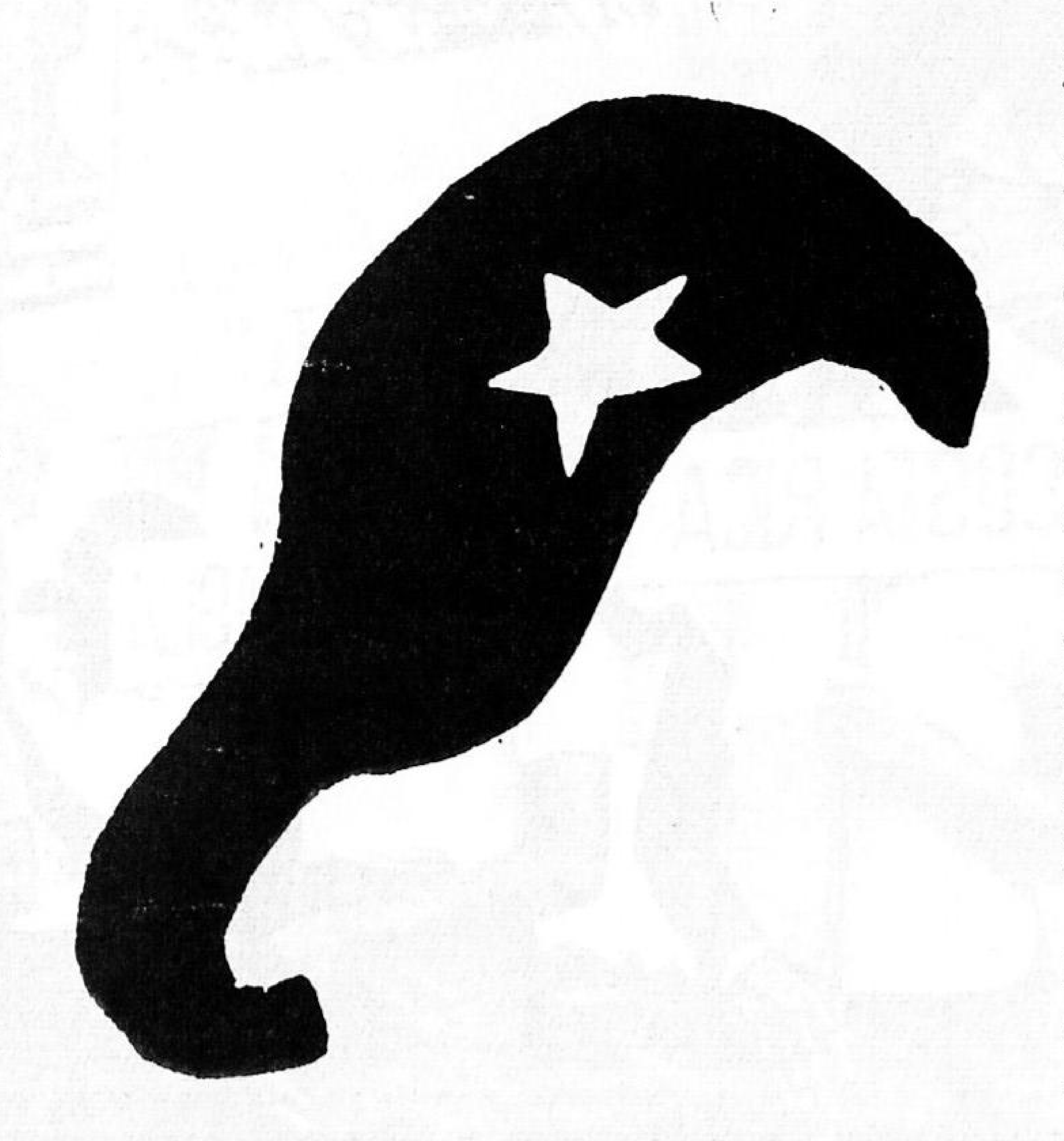
2) Diese Flexibiltät der Sandinisten bezeichnet einen Mechanismus, dem äußeren Druck (vor allem dem militärischen und ökonomischen) bis zur Grenze des Möglichen standzuhalten, um dann faktische — und zum Teil sehr schmerzhafte — Zugeständnisse zu machen, die eine Stabilisierung auf einer neuen Ebene ermöglichen. Wichtig ist, daß den faktischen Zugeständnissen zunächst keine Veränderung der offiziellen politischen Konzeption folgt, und dies ergibt eine eigentümliche Doppelstruktur, die wir an zwei Beispielen verdeutlichen wollen.

— Daniel Ortega verkündete zum 19. Juli 1988, daß das Wesen der nicaraguanischen Revolution weiterhin eine sozialistische Orientierung bleibt. Zur gleichen Zeit jedoch sind die Sandinisten gezwungen, die nicaraguanische Ökonomie den Spielregeln des Weltmarktes zu unterwerfen. Sie nehmen eine „Anpassung" der Wirtschaftspolitik vor, die sehr deutlich die Formen kapitalistischer Krisenbereinigung besitzt: „Liberalisierung" der Märkte (im Sinne von Abbau staatlicher Kontrolle und Abfederung) und eine „Sparpolitik", die darin besteht, den Regierungshaushalt zu konsolidieren, indem die Subventionen im Konsum-, Kredit- und Investitionsbereich gestrichen werden. Dadurch und durch eine sehr restriktive

Lohnpolitik im staatlichen Bereich wird die Krise der armen Bevölkerungsmehrheit und den kapitalschwachen Produzenten aufgebürdet. Große Bereiche der Staatsbetriebe stehen vor der möglichen Schließung bzw. vor der Veräußerung an das Privatkapital — auch dies ist nicht gerade das Ergebnis, auf das diejenigen hofften, die diesen bürokratischen und ineffizienten Bereich volksnäher gestalten wollten. Es handelt sich unserer Meinung nach um eine Anpassung an die ökonomischen Spielräume, die eine strukturelle Wirkung hat, und die man solange nicht als eine kurzfristige und vorübergehende Politik betrachten kann, solange keine Hoffnung auf eine Veränderung der politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene besteht.

— Zweites Beispiel: Die Sandinisten sind auf dem Weg zu einem Ende der militärischen Aggression durch Verhandlungen ein gutes Stück vorangekommen. Im offiziellen Diskurs wird dies als ein Erfolg gehandelt, der auf dem Boden des originären Verständnisses von Pluralismus, Blockfreiheit etc. erreicht wurde. Real bedeutet aber nun einmal die Tatsache, sich mit der Konterrevolution, den Mördern des Volkes, „gleichberechtigt" auf der internen politischen Ebene auseinanderzusetzen (wobei der Inneren Front die materielle Hilfe der Großen Brüder — USA und internationale Christdemokratie — sicher ist) die Akzeptanz eines bürgerlichen Pluralismusbegriffs. Parallel dazu schwindet die **politische** Rolle der Massenorganisationen weiter dahin (siehe z.B. die Depolitisierung der neuen CDS'e). Und zudem, der Verhandlungsfrieden beinhaltet zugleich eine stärkere (wenngleich auch keine neue) Öffnung hin zu den Interessen des „weichen" EG-Imperialismus, der den Friedensprozeß politisch verteidigen und den nachfolgenden Wiederaufbau finanzieren soll.

3) Wir fassen diese Entwicklungen so zusammen: Die Sandinisten verteidigen nach 10 Jahren der imperialistischen Aggression auf der **faktischen** Ebene nicht mehr das Projekt, mit dem sie angetreten sind, und das in unserer Bewegung jahrelang eine konsensuale Grundlage bildete. Sie verteidigen „nur" noch ihre politische Vision. Sie können nicht anders. Der Konflikt Imperialismus — Nicaraguanische Revolution ist gewissermaßen „von innen heraus" entschärft, indem man die Sandinisten sowohl auf ökonomischer wie auch militärischer Ebene zur Anerkennung und Anpassung an die Realitäten zwang. Das sandinistische Projekt gibt es noch als politischen Kampfbegriff, aber nicht mehr als beginnende Realität. Unsere Kritik an der Frente (s.u.) geht auch in die Richtung, daß sie allzulange (und auch heute noch) diese Differenz durch einen staatspaternalistischen Politikbegriff verdeckt hat, und auf dieser Grundlage die Forderungen des Volkes bzw. den Klassenkampf ruhigstellt. Dieser



Politikbegriff steht auch in Nicaragua immer stärker in der Kritik und Selbstkritik.

Nach den Ausführungen zur Frage 1 ist wohl deutlich geworden, daß wir meinen, daß die offizielle Politik der FSLN heute nicht deckungsgleich mit der Politik der Soligruppen in der BRD sein kann. Solidaritätsarbeit muß deshalb neu reflektiert werden, muß generell und an konkreten Punkten sich ihres eigenen Standortes vergewissern. In der Realität unserer Bewegung geschieht das (leider) nicht explizit, sondern drückt sich in den Differenzen an konkreten Punkten aus. Wir möchten hierzu zwei Beispiele geben: Die Diskussion um die Forderung nach Entwicklungshilfe (EH) für Nicaragua und die Diskussion darüber, mit welchen Kräften in Nicaragua wir wie solidarisch sind. In beiden Fällen geht es um die Grundfrage, ob man nicht zwischen der Logik des nicaraguanischen Prozesses und unserer eigenen Logik im Kampf gegen die Verhältnisse hier unterscheiden muß. Sehen wir uns die beiden Beispiele genauer an.

1) Natürlich haben der nicaraguanische Staat und die FSLN ein berechtigtes Interesse daran, Entwicklungshilfe aus der BRD zu bekommen und agieren auch auf diplomatischer Ebene entsprechend, indem sie den bürgerlichen Parteien in der BRD fortlaufend entsprechende Vorschläge macht. Die FSLN wird diese Vorschläge immer nur im Rahmen der Kräfteverhältnisse zwischen Revolution und Imperialismus machen können, und d.h. konkret, daß sie in der heutigen Situation der akuten Krise weitaus mehr „Flexibilität" in der Verwendung dieser Gelder anbieten muß, als vor einigen Jahren.

Die Solibewegung hat die Forderung nach EH jahrelang über alle Spektren hinweg unterstützt. In der damaligen Konjunktur hatte diese Forderung ja auch eine eindeutig politische Stoßrichtung: sie entlarvte, daß die Entwicklungshilfe-Politik der Bundesregierung EH als Belohnung für die Politik von Regierungen wie El Savador, Guatemala, Chile etc. vergab, hingegen eine volksnahe Politik im revolutionären Rahmen, wie etwa in Nicaragua, bestrafte. Die Forderung nach EH für Nicaragua griff deshalb imperialistische Politik direkt an, sie hatte nicht lediglich das Ziel, Knete für Nicaragua zu akquirieren. Inzwischen hat sich nun die Lage in Nicaragua entscheidend verändert, Nicaragua ist heute viel leichter als in den vergangenen Jahren zu inhaltlichen Zugeständnissen als Gegenleistung zur EH gezwungen. Und diese Erpressung wird auch ständig versucht — etwa wenn aus dem BMZ letztes Jahr, nach den Vorfällen von Nandaime, zu hören war, daß die Sandinisten erst einmal ihr Verhalten gegenüber der Inneren Front ändern müssen, bevor über die Möglichkeit von EH diskutiert werden kann.

In der Solidaritätsbewegung gibt es daher mittlerweile ein höchst unterschiedliches Verhalten zur Forderung nach EH:

- Viele Gruppen halten die Forderung weiterhin aufrecht und bauen sie in ihre Schwerpunktaktivitäten ein, etwa in ihre Kampagnenarbeit (Beispiel: Hurrikan-Kampagne).
- Andere Gruppen haben einen immer stärkeren Widerspruch gegen die EH-Forderung entwickelt, da sie in der jetzigen Konjunktur diese Forderung mit ihrer grundsätzlichen Kritik an der EH als ein Instrument imperialistischer Staaten verbinden.

Zwischen diesen „Eckpositionen" gibt es sicherlich viele Mischformen. Für alle ist zwar klar, daß man das Überleben Nicaraguas sichern will, in der Praxis tut sich jedoch eine große Kluft auf.

2) Ein anderes Beispiel für das schwieriger gewordene Verhältnis zur FSLN-Politik wird an der Frage deutlich, wie sich die Gruppen zu den immer enger werdenden Spielräumen der FSLN als Regierungspartei verhalten, d.h. konkret, wie sie sich auf die sozialen Auseinandersetzungen in Nicaragua und der dort gängigen Form der Konfliktlösung beziehen. Es wird immer deutlicher, daß der FSLN als Regierungspartei engere Spielräume gesetzt sind als den Forderungen der Basis, bzw. daß sie vor dem Problem steht, diesen Forderungen administrativ zu begegnen. Dies können politische Forderungen sein, wie etwa die Forderungen des Großteils der Bevölkerung im Sapoá-Prozeß, die Contra-Mörder nicht zu amnestieren. Im wesentlichen aber handelt es sich um materielle Forderungen. Denn angesichts des Überlebenskampfes gerade der unteren Schichten in Nicaragua waren und sind Streikbewegungen und Auseinandersetzungen in den Betrieben zwangsläufig. Die FSLN hat angesichts von Lohnforderungen z.B. immer mit den übergeordneten Erfordernissen der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung, der Verteidigung etc. argumentiert und die konkreten Lohnforderungen oft bekämpft bzw. unterdrückt. Z.T. wurden Streiks als konterrevolutionäre Aktionen verstanden, die von der inneren Front unterwandert oder angezettelt wurden. Da sie das Bündnis mit dem Privatkapital (in der bisherigen Form) nicht in Frage stellt, stellt sie sich weiterhin oft zwischen die beginnenden Klassenkämpfe.

Die Solibewegung hat es auch an diesem Punkt nicht geschafft, vernünftig über das Spannungsfeld zwischen Regierungspolitik und den Bedürfnissen der Massen zu diskutieren. Sie diskutiert nicht gemeinsam das Problem der Notwendigkeit wirtschaftlicher Stabilisierung einerseits und der Notwendigkeit eigener Kampferfahrung und materieller Erleichterungen der Arbeiter und Kleinbauern andererseits. Analysen zum unterschiedlichen Charakter der verschiedenen Streiks in der letzten Zeit gibt es praktisch nicht. Wenn wir im Informationsbüro Nicaragua hingegen vorschlagen, Solidaritätsarbeit stärker als Solidarität mit Basisorganisationen zu praktizieren, die um ihre Revolution kämpfen (ohne uns deshalb pauschal von der Frente zu distanzieren), weht uns von einem Teil des Spektrums der Vorwurf der Entsolidarisierung um die Ohren.

Aufgrund dieser Schwäche in der Einschätzung des revolutionären Prozesses, dem sich noch die Schwäche hinzugesellt, unseren politischen Standort hier in der BRD nicht gemeinsam zu analysieren, wird die Verbindung der Unterstützung Nicaraguas mit dem Kampf um eine Veränderung hier zunehmend unmöglich. Eine Kluft wird immer größer, die wir im groben so beschreiben:

- Ein Teil der Gruppen beschränkt sich darauf, die Politik der FSLN hier zu vertreten, ohne die oben angesprochenen Konflikte in Nicaragua adäquat zu thematisieren.
- Ein anderer (kleiner werdender) Teil versucht, eine kritische Solidarität mit einer revolutionären Perspektive und Praxis hier zu verbinden.

Damit kommen wir zur dritten Frage.

Wir haben in unserer Antwort auf Frage 1 dargestellt, daß wir einen erheblichen Diskussionsbedarf in der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung sehen, da der Realprozeß in Mittelamerika, zumindest aber in Nicaragua, eine (trügerisch) einfache Solidarisierung nicht mehr zuläßt. In unserer Antwort auf Frage 2 kritisieren wir, daß die Solidaritätsbewegung trotz der sich rasch verändernden Lage Nicaraguas sich weder über den heutigen Sinn ihrer altbekannten materiellen, finanziellen und politischen Praxis neu verständigt, noch ihre Situation als (schwache) politische Kraft in der BRD diskutiert, geschweige denn daraus Konsequenzen zieht.

Hier geht es nun darum, welche Folgen die Kombination von nicht geführter Debatte und auseinanderstrebender Praxis sowohl für die Bewegung insgesamt wie auch für uns als bisherige Koordinationsstelle hat.

Die Darstellung bzw. Verteidigung des revolutionären Prozesses in Nicaragua führt heute nicht mehr wie noch vor einigen Jahren quasi „von selbst" zu einer politisch offensiven Haltung der Solidaritätsbewegung in der BRD. Und auch die Selbstverständlichkeit, mit der wir bisher als Bewegung die Einheit von politischer und materieller Solidarität betrieben haben, ist dahin. Die folgende Gegenüberstellung soll dies zeigen.

Ein Teil der Solidaritätsbewegung arbeitet immer noch sehr stark auf der materiell/finanziellen Ebene, wobei entweder die politische Sinnfrage schlicht ignoriert oder aber explizit aus einer reformerisch / reformistischen Perspektive heraus bejaht wird. Die Problematik dieses Politikverständnisses zeigt sich für uns besonders deutlich im Bereich der Städtepartnerschaftsarbeit — ohne daß wir mit dieser Aussage alle Städtepartnerschaftsinitiativen über einen Kamm scheren wollen oder meinen, daß solche Probleme sich nur in diesem Bereich stellen. Mit den Städtepartnerschaften war einmal die Hoffnung verbunden, daß sie die Möglichkeit bieten, den nicaraguanischen Weg zur Befreiung **und** die vielfältigen Eindämmungsversuche gegen diese Revolution (die nun einmal auch von hier aus betrieben werden) in die lokale Öffentlichkeit zu bringen. Zudem sollten weitaus breitere Kreise als über die normale Komitee-Arbeit mit diesen unseren politischen Essentials erreicht werden. Darüber hinaus sollten städtische Gelder in Projekte in den Partnerstädten fließen. Von den politischen Zielen der StäpaArbeit ist jedoch in der Praxis erschreckend wenig übriggeblieben. In welcher Stadt ist es schon gelungen klarzustellen, daß die aus dem Stadtsäckel bewilligten Gelder im Vergleich zu den Zerstörungen, die der Krieg gegen Nicaragua (der von den rechten Kräften in den Stadtparlamenten ja regelmäßig verteidigt wird) auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene anrichtet, einen Tropfen auf dem heißen Stein sind? Wie vielen Initiativen gelingt es, im Spagat zwischen den eigenen politischen Zielen und den Kompromissen mit der Politik im Stadtparlament die Verantwortung zu benennen, die die SPD für die sanfte Erdrosselung der Revolution hatte (Stopp der Entwicklungshilfe 1982) oder die heutige Arbeit der CDU- und CSU-Stiftungen zum Wohl der „frente interno" in Nicaragua zu thematisieren? Stattdessen fließt ein Großteil der Kraft in die Mobilisierung städtischer Gelder und z.T. auch in die Projektabwicklung **für** die Stadt und erfüllt damit das Gegenteil des einstigen Anliegens: es wird suggeriert, daß man mit einigen Tausend Mark Projektgeldern seiner „Verantwortung" gegenüber den armen Menschen dort gerecht geworden sei. Auf diese Weise legitimieren Gruppen der Solidaritätsbewegung vielfach lediglich sozialdemokratische Lokalpolitik.

Ein anderer Teil der Solidaritätsbewegung hingegen diskutiert (wenn auch selten bewegungsöffentlich) zwar die Lage in Nicaragua kritisch, setzt sich aber mit den übrigen Teilen der Solidaritätsbewegung kaum noch auseinander. Hier besteht die Neigung, das eigene Internationalismusverständnis neu zu diskutieren und sich auf übergreifende Themen (z.B. IWF) zu konzentrieren. Zudem werden in diesem Spektrum, ausgehend von den eigenen Erfahrungen mit der zunehmenden Repression in der BRD, Fragen der eigenen Kampfbedingungen hier diskutiert und in der Konsequenz Bündnisse mit den Gruppen eingegangen, die diese Probleme angehen (z.B. in der Kampagne um Zusammenlegung der politischen Gefangenen).

Komitees, die beides versuchen: eine konkrete Nicaragua-Solidaritätsarbeit, die sich nicht vor der Konfrontation mit den Herrschenden hier scheut, und die Arbeit in den Kampagnen der radikalen Linken (IWF, Zusammenlegung), gibt es nur noch sehr wenige. Die Spektren innerhalb der Bewegung scheinen sich mit der bestehenden gegenseitigen Abschottung zu begnügen und versuchen noch nicht einmal die tieferen Motive, die den eigenen Einschätzungen zugrundeliegen, miteinander zu diskutieren. Es haben sich Institutionen entwickelt, die entweder auf dem Boden eines mehr oder weniger expliziten politischen Standpunktes (Ökumenisches Büro München, ides, Nicaragua-Verein Hamburg) oder in Spezialbereichen der Solidarität (ATES) eine eigene Subkoordination betreiben. Die Frage, wie erlangen wir wieder eine größere politische Stoßkraft in der BRD, ist innerhalb der Gesamtbewegung kaum noch zu diskutieren.

In der Konsequenz meinen wir, daß

- es sinnlos geworden ist, den Versuch weiterzuführen, Spektren und Aktionskonzepte zusammenzufassen, wenn diese sich nicht zusammenfassen lassen **wollen**, und gerade durch diesen Versuch noch die Kritik aus allen Richtung auf uns zu lenken, anstatt daß miteinander diskutiert wird;
- es daher von zentraler Bedeutung ist, schwerpunktmäßig über die Frage der politischen und strukturellen Identität der Bewegung zu diskutieren, um wieder an politischer Stoßkraft zu gewinnen;
- es einen **Koordinationskreis** geben sollte, in dem die relevanten und arbeitsfähigen Spektren der Bewegung miteinander diskutieren und Aufgaben verteilen;
- wir unsere Aufgabe verfehlen, wenn wir heute als reiner Service-Betrieb funktionieren würden. Schon deshalb streichen wir (vorläufig) einen Teil dieser Arbeit zusammen.

Als Informationsbüro Nicaragua schlagen wir daher vor, für eine bestimmte Übergangszeit die politischen Ziele und die Strukturen der Bewegung zentral zu diskutieren, ebenso wie den Sinn und den Umfang unserer bisherigen Arbeit als Koordinationsstelle.

Informationsbüro Nicaragua e.V., Peter Manz

Fotos: Cordelia Dilg: Nicaragua, Köln 1987, Pahl-Rugenstein Verlag



REISEZEIT - VERSICHERUNGSZEIT

Da sich vielen in den nächsten Wochen die Frage nach der Finanzierung ihrer nächsten Reise stellt, drucken wir einen Artikel aus einer "VerbraucherInnenzeitschrift" ab. Wer sich bei der Inanspruchnahme einer Reisegepäckversicherung Streß ersparen will, findet vieleicht einige Tips. Viel interessanter sind allerdings inzwischen die Möglichkeiten der Reisekrankenversicherung (durch die Gesundheitsdeform ist mensch nicht mehr automatisch im Ausland krankenversichert, dadurch nehmen die Reisekrankenversicherungen zahlenmäßig stark zu). Wer mehr darüber weiß, kann es uns ja mitteilen.

Eigentlich klingt es ganz einfach. Man schließt vor dem Urlaub eine Reisegepäckversicherung ab, und dann kann kommen, was will. Nach den Versicherungsbedingungen zahlt die Versicherung, wenn beim Transport oder im Hotel das Reisegepäck verlorengeht, zerstört oder beschädigt wird; während der übrigen Reisezeit springt der Versicherer in die Bresche bei Diebstahl, Einbruch, Raub, mutwilligen Beschädigungen durch Dritte, bei Verlusten (außer bei Liegenlassen der Sachen), Unfällen, Brand- und Wasserschäden und bei höherer Gewalt. So umfangreich dieser Katalog auch klingt, die Regulierungspraxis sieht oft anders aus. Und nicht nur zahlreiche Einschränkungen im Kleingedruckten, den sogenannten Allgemeinen Bedingungen für die Versicherung von Reisegepäck (AVB Reisegepäck 1980), sondern auch das Mißtrauen von Zivilrichtern beschert häufig manchem Urlauber noch einmal nachträglichen Ärger.

Zum Krach kommt es immer wieder wegen folgender Fallstricke:

- Wertsachen wie Pelze, Schmuck sowie Foto- und Filmapparate samt Zubehör sind nur versichert, wenn man sie bestimmungsgemäß trägt oder benutzt, sie persönlich sicher verwahrt, einem Beherbergungsunternehmen (Hotel) zur Aufbewahrung gibt oder sich diese Dinge in einem ordnungsgemäß verschlossenen Raum beziehungsweise einer Garderobe befinden. Auch dann gibt's aber keinen vollen Ersatz, sondern man erhält höchstens 50 Prozent der Gesamtversicherungssumme.
- Ganz leer geht man aus, wenn man den Schaden vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit selbst herbeigeführt hat.
- Und auf der Strecke bleibt schließlich auch derjenige, der seine Anzeigepflicht nicht erfüllt hat. Der Versicherte muß nämlich nicht nur unverzüglich die Gesellschaft informieren und bei der Aufklärung helfen, er muß zusätzlich sofort die Polizei einschalten und den Beamten dort eine Liste der abhanden gekommenen Sachen übergeben, wenn er im Urlaub bestohlen oder beraubt worden ist. Dasselbe gilt bei einer vorsätzlichen Sachbeschädigung.

Wie weit jeweils im Einzelfall die Pflichten des Urlaubers gehen, beschäftigt die Gerichte seit Jahren. Aber auch neuere Entscheidungen zeigen: Eine klare Linie ist oft nur schwer zu finden.

Wertsachen

Mit dem Versicherten streng ins Gericht ging das Amtsgericht Hamburg. Ein Tourist war auf der Rückfahrt von der Costa Brava auf seiner letzten Etappe in der S-Bahn eingeschlafen. Neben ihm stand seine Fotoausrüstung. Obwohl er die Hand auf die Tasche gelegt hatte, war diese fort, als er aufwachte. Auf Verständnis traf er beim Kadi nicht. Eine im Schlaf neben sich gestellte Fotoausrüstung in einer S-Bahn ist nicht sicher verwahrt, meinte das Gericht. Das einfache Auflegen der Hand reiche nicht aus (Urteil vom 4.7.1985, AZ: 22 a C 2353/84, veröffentlicht in: Versicherungsrecht (VersR) 87, S. 95).

Ganz anders das Landgericht Hamburg: Nach seiner Ansicht darf man den Fotoapparat in der Reisetasche sogar im Gepäcknetz verstauen. Es genüge, wenn der Reisende latenten Blickkontakt zum Gepäck habe. Und auch derjenige, der vom Schlaf übermannt wird, solle nicht leer ausgehen. Wer das verlangt, überziehe die Anforderungen, die man an den Urlauber stellen kann (Urteil vom 11.2.1988, AZ: 2 S 239/87, NJW-Rechtsprechungsreport (NJW-RR) 88, S. 666, so auch Urteil des LG München I vom 6.11.1985, AZ: 31 S 21144/84, VersR 86, S. 157).

Ähnlich lebensnah urteilte auch das Landgericht Frankfurt. Einem Israel-Urlauber war in der Nacht aus einem Kibbuz-Schlafraum die Fotoausrüstung gestohlen worden. Der Dieb war durch ein geöffnetes Fenster eingedrungen, das sich allerdings gut zwei Meter über dem Erdboden befand und dann auch noch durch ein Gitter geschützt war. Hier meinten die Richter, daß das Schlafzimmer ordnungsgemäß verschlossen gewesen sei. Im Hochparterre genügt es, die Tür abzuschließen (Urteil vom 14.11.1988, AZ: 2/24 S 162/88, NJW-RR 89, S. 97).

Querelen gibt es immer wieder, wenn Reisende Wertsachen im Auto verstauen und sich dann zu einem Bummel aufmachen. Wird der Wagen in der Zwischenzeit aufgebrochen und ausgeräumt, stellt sich die Kardinalfrage: Wer muß zahlen?

Nach Paragraph 5 AVBR darf man Wertsachen nur dann in Kraftfahrzeugen aufbewahren, wenn diese beaufsichtigt sind. Und hier legen die Gerichte strenge Maßstäbe an.

So hatte in einem Fall ein Spanienurlauber sein Gepäck einschließlich Fotoausrüstung im Auto gelassen und den Wagen abgeschlossen fünf bis sechs Meter von der Terrasse einer Gaststätte entfernt geparkt. Das Fahrzeug konnte er wegen vieler Passanten nicht dauernd im Auge behalten. Als der Reisende zurückkehrte, war die Beifahrertür aufgebrochen, die Fotoausrüstung entwendet. Das Landgericht Mannheim hatte kein Nachsehen. Der Versicherte hätte die Sachen nicht unter dem Sitz verstauen dürfen, sondern er hätte sie an sich nehmen müssen (Urteil vom 30.9.1988, AZ: 1 S 201/88, Verbraucherpolitische Korrespondenz (VPK) 89, Nr. 13, S. 3).

Ähnlich entschied auch das Oberlandesgericht Schleswig. Es versagte den Versicherungsschutz, weil die Urlauber ihr Auto samt Fotogeräten eine dreiviertel Stunde auf dem Parkplatz einer Raststätte abgestellt hatten (Urteil vom 19.9.1985, AZ: 5 U 259/84, VersR 86, S. 806).

Ein weiterer Wertmutstropfen für viele Reisende ist die sogenannte Tageszeitklausel: Nach Paragraph 5 Nr. 1b AVBR muß die Versicherung nämlich bei ausgeräumten Kraftfahrzeugen nur dann voll zahlen, wenn der Schaden zwischen 6 und 22 Uhr eingetreten ist. Wurde das Auto zu einer anderen Zeit, etwa um 23 Uhr aufgebrochen, ist die Entschädigung auf 500 Mark pro Versicherungsfall begrenzt.

Grobe Fahrlässigkeit

Ganz egal, ob es um Wertsachen oder normales Reisegepäck (Beispiel: Kleidung) geht, die Versicherungsgesellschaft muß nicht in ihre Kasse greifen, wenn man den Versicherungsfall vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit selbst ermöglicht hat. Wann aber kann sich die Versicherung aus der Affäre ziehen? Was man als Urlauber darf, sehen die Gerichte leider sehr unterschiedlich.

So stellte sich das Amtsgericht Bremerhaven auf den Standpunkt, daß ein Weihnachtsmarkt-Besucher, der seine Fotoausrüstung kurz neben sich auf den Boden gestellt hatte, nicht auf den Schutz der Versicherung hoffen kann, wenn ihm in diesem Moment das Equipment gestohlen wird. Denn – so folgerte das Gericht messerscharf – wenn jemand den Kamera-Klau nicht sofort bemerke, habe er auch nicht ausreichend aufgepaßt. Fragt sich, wofür man dann überhaupt seine Versicherung braucht. Der Griff zum Glühwein-Becher kostete den Touristen somit im Ergebnis 2000 Mark.
(Urteil vom 1.7.1988, AZ: 57 C 885/88, VPK 89, Nr. 13, S. 4).

Schutzschild mit Löchern

Wer eine Reisegepäckversicherung abschließt, ist damit noch lange nicht alle Sorgen um sein Eigentum los. Das zeigen auch neuere Urteile.

Wie sinnvoll der Abschluß einer Reisegepäckversicherung ist, wenn schon aus der Tatsache des Diebstahls gefolgert wird, daß der Versicherte seine Sorgfaltspflicht grob fahrlässig verletzt hat, fragte sich auch das LG Frankfurt. Die Hessen hatten den Fall zu entscheiden, daß ein Reisender seine Tasche auf einem Wochenmarkt kurz abgestellt hatte, um sich einen Stein aus seinem Schuh zu entfernen. Als er damit fertig war, stellte er fest, daß inzwischen Umhängetasche samt Fotoausrüstung verschwunden waren. Hier urteilte das Landesgericht, die Versicherung müsse für den Schaden aufkommen, denn ein ständiges Berühren oder ein dauernder Augenkontakt seien nicht immer möglich.

(Urteil vom 20. 1. 1986, AZ: 2/24 S 185/85, NJW-RR 86, S. 387).

Milde ließen auch die Karlsruher Oberlandesrichter walten. In Amsterdam hatte ein Ehepaar sein Auto mit dem Gepäck um 7.30 Uhr vor dem Hotel abgestellt, um frühstücken zu gehen und sofort danach abzureisen. Ihre Reiseutensilien hatten sie im verschlossenen Kofferraum verstaut. Als beide um zehn Uhr wiederkamen, war der Kofferraum aufgebrochen, das Gepäck fort. Die Versicherung muß zahlen, entschied das OLG (Urteil vom 2. 4. 1987, AZ: 12 U 191/86, NJW-RR 87, S. 1382).

Stehlgutliste

Wer Opfer einer Straftat geworden ist, muß nach Paragraph 10 Nr. 3 AVBR unverzüglich Anzeige bei der zuständigen Polizeidienststelle erstatten und eine Liste einreichen, auf der alle entwendeten Sachen notiert sind. Wer das unterläßt, bleibt eventuell auf den Schaden sitzen. Was aber, wenn die örtlichen Beamten überlastet sind? So im Fall der Amsterdam-Touristen, denen die Polizei mitteilte, wegen Arbeitsüberlastung könne man ihre Anzeige erst um 23 Uhr bearbeiten. Hier meinte das OLG Karlsruhe, das Ehepaar habe abreisen dürfen. Insbesondere wenn es sich nicht um eine erhebliche Schadensumme handele, müsse man nicht mehr als 12 Stunden am Ort zwangsweise bleiben. Außerdem sei bekanntlich die Hoffnung gering, daß die Polizei das gestohlene Gepäck tatsächlich wiederfindet.

Anders urteilte jedoch das Oberlandesgericht Hamm. Nach seiner Ansicht haben Strafanzeige und Stehlgutliste nämlich noch eine weitere Funktion: Sie seien auch eine Hemmschwelle gegen Versicherungsbetrug. Notfalls, so die Hammer Richter, müsse man auch noch auf der Rückfahrt an der deutschen Grenze Strafanzeige erstatten (Urteil vom 31. 5. 1985, AZ: 20 U 334/84, VersR 87, S. 153).

Umstritten ist auch, wie ausführlich die Liste auszusehen hat. Das Landgericht Berlin entschied, eine Diebstahlsanzeige mit bloß pauschaler Bezeichnung der gestohlenen Sachen wie etwa »diverse Kleidungsstücke« genüge nicht. Außerdem solle verhindert werden, daß sich der Versicherungsnehmer über den Schaden erst im nachhinein klar zu werden braucht. Spätere Korrekturen seien daher nur insoweit zulässig, als man dafür einleuchtende Gründe angeben könne (Urteil vom 15. 10. 1987, AZ: 7 O 121/87, NJW-RR 89, S. 227). Auch hier kann man deutlich das Mißtrauen der Richter in Hinblick auf einen eventuellen Versicherungsbetrug spüren.

Großzügiger ging dagegen das Landgericht Frankfurt vor. Im Falle des Kibbuz-Urlaubers ließ das Gericht die einfache Bezeichnung »Foto-Ausrüstung« ausreichen; die genaue Typenbezeichnung der einzelnen Ausrüstungsgegenstände sei im formularmäßigen Polizeiprotokoll gar nicht möglich gewesen. Und auch das Oberlandesgericht Stuttgart hatte ein Nachsehen mit den bestohlenen Touristen. Ein Ehepaar wollte Strafanzeige bei der italienischen Polizei erstatten. Die Beamten dort notierten die Aussage nur widerwillig. Daraufhin verzichteten die Urlauber darauf, im einzelnen aufzuzählen, was sich in ihren Koffern befunden hatte. Kein Sorgfaltsverstoß, urteilte das OLG, hätte die Polizei mehr wissen wollen, hätte sie schon nachgefragt (Urteil vom 18. 4. 1986, AZ: 2 U 105/85, NJW-RR 86, S. 828).

Schadenanzeige

Jeder, der einen Schadenfall gemeldet hat, kennt die Formulare der Versicherungen, in denen unter anderem gefragt wird, ob man schon früher Schäden am Reisegepäck gehabt und gemeldet habe. Wer diese Rubrik falsch ausfüllt, riskiert, leer auszugehen. Zwar ist dafür Vorsatz erforderlich, doch wird dieser häufig vermutet. Das passiert besonders dann, wenn der verschwiegene Schadenfall recht hoch war.

So hatte eine Urlauberin in der Schadenanzeige zwar einen Schaden aus dem Jahre 1984 in Höhe von 2500 Mark erwähnt, aber nicht angegeben, daß sie bereits ein Jahr danach bei einer anderen Versicherung einen Schadenfall von rund 5000 Mark reguliert hatte. Als sie sich zwei Jahre später mit einem neuen Fall an die Versicherung wandte und nun den Schaden aus dem Jahr 1985 nicht aufführte, versagte das Oberlandesgericht Hamm ihr den Versicherungsschutz (Urteil vom 10. 3. 1989, AZ: 20 U 61/88).

Daß die Richter des 20. Zivilsenats in dieser Frage keinen Spaß verstehen, zeigt auch ein Urteil vom 18. Juni 1986. Damals hatte ein Reisender die Frage nach Vorschäden nicht ausdrücklich beantwortet, sondern in diese Rubrik einen Schrägstrich gesetzt. Die Oberlandesrichter sahen darin ein »Nein«. Konsequenz: Da der Versicherungsnehmer aber zuvor schon einmal einen Schaden abgerechnet hatte, gab es dieses Mal keinen Ersatz (Urteil vom 18. 6. 1986, AZ: 20 U 13/86, VersR 87, S. 1233). Und auch wer Mitreisende »unterschlägt«, bringt sich um den Versicherungsschutz (Urteil des LG München I vom 17. 9. 1985, AZ: 28 O 9719/85, VersR 87, S. 94). Ein bitteres Ende für manche Kavalierstour?

TERMINE ***** TERMINE **** TERMINE *** TERMINE ** TERMINE * TERMINE

Do 20.7.	12.00	Frühstück in der Nostiz 49. Das Ende der Nostiz 49 ist absehbar. Trotzdem oder erstrecht eröffnet "Wir sind nicht Alle e.V." neue Räume.
	19.00	MieterInnen + Häuserkampfplenum in der Nostiz 49
	21.00/23.00	Kino im KOB: "Der Aufstand" (BRD,1980) Am 19.7.79 endet die Diktatur Somozas in Nicaragua durch den Sieg der FSLN. Einen Monat davor wird das Komando in Leon, einer der letzten Festungen der Diktatur, durch den Volksaufstand erobert. Diese Ereignisse werden anhand einer Familiengeschichte erzählt, die zum Symbol des Kampfes um Freiheit und Würde in Nicaragua wird.
Fr 21.7.	19.00	Kiezküche in der Wrangel 90
	21.00	Antifa Kiezdisko in der Prinzenallee 58 im Wedding
Sa 22.7.	15.00	Weisestraßenfest (s. Flugi in dieser Nr.) und ab
	21.00	Kiezdisko im Syndikat
So 23.7.	18.30/19.30	Kino im KOB: "Provokation" (Video, ca 30min) Ein Video zur Wahlkundgebung der DVU am Klagesmarkt in Hannover am 13.6.89.
Mo 24.7.	19.00	Volxküche in der Nostiz 49
Mi 26.7.	9.00	Solidarität mit den Gefangenen vom 1. Mai 89!! Im Amtsgericht Moabit (Altbau) im Saal 371 findet die Verhandlung gegen Alan Espel statt. Er wird des schweren Landfriedensbruch angeklagt. Verhaltet euch solidarisch! Kommt massenhaft zum Prozeß!! (Einer der 4 Gefangenen hat inzwischen Haftverschonung erhalten)
	18.00	JobberInnen Plenum im Drugstore, Potsdamerstr. 180
	19.00	"Erst Essen, dann Miete" Video über MieterInnenwiderstand in Amsterdam um 1930, anschließend Diskussion in der LUNTE Weisestr.53
	21.00/23.00	Kino im KOB: "Feuer aus den Bergen" (USA,1988) Omar Cabeza, der studentische Aktivist im Nicaragua der frühen 70er Jahre, und spätere Guerillero der FSLN legte sein "testimonio" in "Die Erde dreht sich zärtlich,Companera" nieder. Die Filmemacherin ging den Stationen des Buches nach, sprach mit vielen Aktivisten von damals, im Mittelpukt Omar Cabeza selbst. Erinnerungen an die Guerillazeit sind zum Teil in Spielfilmform gebracht. auch am Donnerstag 27.7. zu den gleichen Zeiten
Do 27.7.	19.00	MieterInnen + Häuserkampfplenum in der Nostiz 49